

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 33

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postzuschlag. Zur Postzeitung-Zeitlung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Breitestr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 13. August 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kotonzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Veranlichungsanzeigen usw. 1 Mark. \* \* Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten \* \* \*

38. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

### Resultat der Wahlen zum Verbandsbeirat.

Die Wahlen zum Beirat sind gemäß der in Nr. 24 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltenen Bekanntmachung des Verbandsvorstandes getätigt worden. Wir geben im nachstehenden das Resultat bekannt.

#### Delegierte:

Imhof, August, Berlin.  
Hildebrandt, Wilhelm, Berlin.  
Herzog, Paul, Berlin.  
Frenzel, Max, Berlin.

Böer, Max, Breslau.

Pfennig, Karl, Hamburg.

Haase, Bruno, Halberstadt.

Goppert, Josef, Hannover.

Sperling, Peter, Dortmund.

Lehmann, Edmund, Krefeld.

#### Erfahrpersonen:

##### 1. Bezirk:

Plant, Gustav, Berlin.  
Beite, Oskar, Berlin.  
Schallert, Luise, Berlin.  
Schwarz, Willi, Berlin.

##### 2. Bezirk:

Püsching, Gustav, Frankfurt a. d. O.

##### 3. Bezirk:

Krohn, Hermann, Hamburg.

##### 4. Bezirk:

Vindig, Frih, Ascherleben.

##### 5. Bezirk:

Koß, Ferdinand, Bielefeld.

##### 6. Bezirk:

Kunze, Karl, Elberfeld.

##### 7. Bezirk:

Knist, Jean, Köln.

8. Bezirk:  
Kaulich, Karl, Frankfurt a. M.  
Lauer, Karl, Mannheim.

9. Bezirk:  
Busch, Paul, Weimar.  
Heerdegen, Hugo, Weimar.

10. Bezirk:  
Müller, Hermann, Leipzig.  
Schabacker, Wilhelm, Leipzig.  
Bönisch, Walter, Leipzig.  
Petrik, Martin, Leipzig.

11. Bezirk:  
Wenzler, Hans, Dresden.  
Quaas, Max, Dresden.  
Ulbrich, Anna, Dresden.  
Witsche, Willi, Dresden.

12. Bezirk:  
Zierold, Arno, Annaberg-B. i. Erz.  
Beier, Rudolf, Annaberg-B. i. Erz.

13. Bezirk:  
Schuffenhauer, Otto, Chemnitz.  
Schreiter, Otto, Chemnitz.

14. Bezirk:\*)

15. Bezirk:  
Siegler, Hermann, Heilbronn.  
Schäfer, Karl, Karlsruhe.

16. Bezirk:  
Scharrer, Phil., Nürnberg-Fürth.  
Erbacher, Georg, Erlangen.

17. Bezirk:  
Eichhorn, Johann, München.  
Schregle, Josef, Augsburg.

\*) Die Wahl wurde auf Antrag der Wahlkommission für ungültig erklärt und Neuwahl für den 18., 19. oder 20. August angelehrt.

## Neue Lohnverhandlungen

finden in diesen Tagen statt.

Am 11. August beginnen die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Eis- und Kartonnagenindustrie (Adde), am 18. August die mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen (Api) und am 22. August die für die Wellpappenindustrie. Sämtliche Verhandlungen finden in Weimar statt.

## Zum Kampf um die Republik.

Die vier unterzeichneten Spitzenverbände haben folgenden Aufruf erlassen:

### An unsere Mitglieder!

Zum Schutz der Republik hatten wir Euch aufgerufen, als der Meuchelmord an Rathenau die Größe und Nähe der monarchistischen Gefahr enthüllte. Vereint seid Ihr gekommen und habt in gewaltigen Kundgebungen Eure Kampfschloffenheit gezeigt.

Die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist zur großen und weithin wirkenden Tatsache geworden. Sie muß dauern, geschlossener und stärker werden bis zur unaufhörlichen Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats! Von diesem Geist der Solidarität, von diesem Willen zur Einigkeit erfüllt, haben Eure Organisationen gemeinsam gearbeitet und vereint werden sie den Kampf fortführen.

Die erste Phase dieses Kampfes ist jetzt vorüber. Unsere Forderungen zum Schutz der Republik haben Regierung und Reichstag beschäftigt. Vier Gesetze sind mit Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien verabschiedet. Nicht alles, was wir wollten, ist erreicht. Noch besteht in dem Industriestaat Deutschland der Reichstag eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit und stark war ihr Sträuben gegen durchgreifendere Maßnahmen. Nur der Ent-

schloffenheit Eures Auftretens sind Erfolge zu danken, und Wichtiges ist trotz allem erzielt worden.

Das Gesetz zum Schutz der Republik bestraft die Zugehörigkeit zu geheimen Mordorganisationen mit dem Tode; schwere Strafe trifft Gewalttäter gegen die Republik und wehrt dem gewässigen Kampf gegen ihre Einrichtungen und Symbole. Ein Staatsgerichtshof ist gebildet, in dem keine Monarchisten und Nationalisten sitzen. Von diesem Gerichtshof darf das Volk erwarten, daß er ohne politische Voreingenommenheit Recht spricht.

Das Gesetz über die Reichstriminalpolizei bedeutet den Anfang einer Reichsgefektive und macht die Verfolgung auch der monarchistischen Verbrecher einigermaßen unabhängig von dem mangelnden Eifer oder dem bösen Willen einzelner Landesbehörden.

Das Beamtengesetz gestattet ein energisches Vorgehen gegen monarchistische und reaktionäre Bedrückung der Beamten der deutschen Republik.

Das Amnestiegesetz gibt zahlreichen Arbeitern und Angestellten, die sich in den Schlingen des Strafgesetzbuches versangen haben oder Opfer der Klassenjustiz geworden sind, die Freiheit zurück.

Freilich, unsere Forderungen sind nicht restlos erfüllt. Schmerz bewegt uns, weil die politischen Gefangenen in Bayern der Freiheit auch jetzt nicht teilhaftig werden. Die bayerische Regierung verweigert ihre Freilassung aus Furcht vor dem monarchistischen Straßenterror. Die bürgerlichen Parteien im Reichstag sind vor der bayerischen Regierung schmachlich zurückgewichen. Auch die verurteilten Eisenbahner sind trotz unserer unausgesetzten Bemühungen von der gesetzlichen Amnestierung ausgeschlossen. Eine Entschloffenheit des Reichstages und eine Erklärung der Regierung sichert ihnen weitgehende Milde zu. Was an uns liegt, wird geschehen, um das Versprechen zur Erfüllung zu bringen.

Trotz aller Mängel im einzelnen bedeuten die Gesetze in ihrer Gesamtheit eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand. Die Re-

publik kann jetzt wirksam geschützt, ihre Gegner können lahmgelegt werden, wenn die Regierung Mut, Energie, Entschloffenheit und Fähigkeit beweist. Die Gesetze sind da, jetzt kommt alles auf die Ausführung an.

Deshalb hatten sich die sozialdemokratischen Parteien bereit erklärt, die Sicherheit der Durchführung der Gesetze gegen die monarchistische Verschwörung zu steigern. Sie waren bereit, einer Regierung der entschiedenen Verteidigung der Republik eine feste republikanische Mehrheit zu sichern und zugleich den sozialistischen Einfluß in der Regierung zu stärken. Nachdem die Gesetzgebung ihre Aufgabe zum Teil erfüllt hatte, sollte eine starke, entschiedene republikanische Regierung ihre Pflicht erfüllen.

Dagegen erhoben sich in zähem Widerstand alle bürgerlichen Parteien. Sie fürchteten den erstarkten Einfluß der zusammengeschlossenen, vereint kämpfenden Arbeiterklasse. Sie stellten der Erweiterung der Regierung durch Eintritt der Unabhängigen die Forderung der gleichzeitigen Aufnahme der Deutschen Volkspartei entgegen.

Die Antwort der sozialdemokratischen Parteien war, wie sie sein mußte: Größere Geschlossenheit, Bildung der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Fraktionen.

Aber der Widerstand der bürgerlichen Parteien blieb bestehen, die Frage der Auflösung des Reichstages stand damit zur Entscheidung.

Ernst und eingehend, unserer Verantwortung voll bewußt, haben wir die Frage geprüft. Auflösung des Reichstages bedeutete Verzögerung der Gesetze zum Schutz der Republik. Uns stand ihre Verabschiedung höher.

Auflösung hätte zu einer Verschärfung der außenpolitischen Krise geführt, zu einer Erschwerung der dringendsten Lösungen der Reparationsfragen. Sie hätte die wirtschaftliche Notlage infolge der politischen Unsicherheit verschärft, den Sturz der Mark beschleunigt, die Preissteigerung gefördert und so die

Arbeiterklasse besonders geschädigt. Deshalb haben wir dieses Mittel nicht angewandt.

Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen, er dauert fort. Für ihn zu rüsten, ist jetzt wichtigste Aufgabe, ernsteste Pflicht!

Was wir erreicht haben, danken wir unserer Geschlossenheit, unserer Einigkeit.

Gegen uns und unsere Forderungen haben sich die Gegner vereinigt. Sie wissen, welche große Bedeutung die Verfügung über die Regierungsgewalt in der gegenwärtigen Situation hat. Ihr Widerstand wird zerplündern, stoßen sie auf den einigen Willen der nicht mehr gespaltenen, nicht mehr sich selbst zerfleischenden Arbeiterklasse.

Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten Kampfplan für die Durchsetzung des Sozialismus. Das Werk der Einigung ist begonnen. Es muß vollendet werden!

Berlin, den 18. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Unabhängige Sozialdemokrat. Partei Deutschlands.

Aus der obenstehenden Erklärung der vier Spitzenverbände erhalten unsere Mitglieder ein Bild davon, wie sich die Dinge am politischen Himmel entwickelt haben. Erreutlich ist zunächst, daß die Gewerkschaften in diesem rein politischen Kampf, bei welchem die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder aufs engste verknüpft sind, wirksam mitgearbeitet haben. Die bürgerliche Presse hat sehr viel von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung gesprochen; das kann die Gewerkschaften von ihrem berechtigten Streben, Einfluß zu gewinnen, nicht abhalten. Im Gegenteil, die Vorwürfe der bürgerlichen Presse ehrt die Gewerkschaften.

Wie groß die Gefahr für die Gewerkschaften und für die Arbeiterbewegung ganz allgemein war und noch ist, das zeigen die Enthüllungen aus den monarchistisch-militärischen Geheimorganisationen. Die Vorbereitung für die Beseitigung der Republik und Wiedereinführung der Monarchie war viel weiterentwickelt und gründlicher als beim Kapp-Putsch. Sicherlich würde beim Gelingen dieser konterrevolutionären Bestrebungen eine gewalttätige Unterdrückung der Gewerkschaften und der Linksparteien erfolgen, und damit diese hohen kulturellen Einrichtungen erdrückt. Das würde auch gleichbedeutend sein mit einem ungeheuren Niedergang der Arbeiterklasse. Deshalb hatten wir das Eingreifen der Gewerkschaften für eine selbstverständliche Notwendigkeit.

So mancher von uns hätte gern eine Austragung des Kampfes durch Reichstagsauflösung gesehen. Die Gründe, die zur Zurückstellung dieses Kampfmittels geführt haben, sind immerhin beachtenswert. Die Befehle zum Schutz der Republik bieten trotz ihrer Mängel eine Handhabe, den illegalen monarchistischen Organisationen auf den Leib zu rücken, zumal der neu zu bildende Staatsgerichtshof in seiner Zusammenfassung eine Gewähr bietet, daß die bisherige Justiz andere Wege gehen muß. Bleibt die Einheit im Handeln auch für die Folge bei den vier Spitzenorganisationen bestehen, dann bedeutet dieses zweifelloso einen gewaltigen Aktiopoßten für die zukünftigen Kämpfe in wirtschafts-politischer Hinsicht. Wird zum Herbst bei Wiederbeginn der Reichstagsession der Kampf in verfrühter Form wieder aufgenommen, so erhalten unsere Hoffnungen eine innere Berechtigung.

Die Annahme der Schlichtungsordnung ist verhindert worden. Darüber wird nicht zuletzt der Kampf entscheiden. Bleibt die Einheitslichkeit im Handeln, und es kommt im Verlauf der Herbstsession zur Auflösung, dann wird der Bruderkrieg im Wahlkampf bis zu einem bestimmten Grade herabgedrückt, was uns wenigstens die Aussicht eröffnet, große, indifferente Kreise wieder für den sozialistischen Befreiungskampf heranzuziehen. Nur nicht stehen bleiben und den Glauben wieder nähren, als wäre die Befreiung der Arbeiterklasse auf parlamentarischem Wege allein herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen deshalb den Einfluß von außen auf das Parlament zu steigern suchen, damit die Arbeitervertreter einmal eine starke Rückendeckung

haben, und zum anderen die Stimme des Gewissens nicht überhören. Letzteres war in den verfloßenen Jahren oft sehr mangelhaft entwickelt, woraus sich die vielfach scharfe, aber notwendige Kritik ergab. Sind zu der bis jetzt nur parlamentarisch wirkenden Gruppe der SPD. hinzutreten der ADGB., der UP-Bund und die USPD., dann läßt das ohnehin den Schluß zu, daß in diesem gemeinsamen Wirken die wirtschaftspolitischen Fragen der Arbeiterklasse eine weit stärkere und konsequentere Vertretung erhalten.

### Der Gewerkschaftskongreß.

VI. (Schluß.)

Die Diskussion über die Referate über „Organisationsformen und -methoden“ war sehr stürmisch, und die Anhänger der reinen Berufsorganisationen führten das schwerste Geschütz auf. Es wurde offen damit gedroht, daß ein Ausscheiden dieser Organisation aus dem ADGB. erfolgen würde, falls die Zusammenlegung zu Industrieverbänden zwangsweise erfolgen würde. Die Forderung nach Industrieverbänden sei Sprengpulver für den ADGB. Besonders beteiligten sich die Fabrikarbeiter und die Heizer und Maschinisten nach dieser Seite hin. Auch Grafmann, der 2. Vorsitzende des ADGB. engagierte sich ganz außerordentlich gegen die Industrieverbände. Er behauptete u. a., daß sich im graphischen Gewerbe nur eine Organisation mit allen Kräften für den graphischen Industrieverband einsehe (womit unser Verband gemeint war), während die anderen über den jetzigen Zustand nicht hinauswollten. Die Abstimmung aber ergab ein anderes Bild. Nach einem kurzen Schlußwort der Referenten erfolgte namentliche Abstimmung; sie brachte einen durchschlagenden Erfolg für die Anhänger der Industriearbeiterorganisation. Für die Resolution Dikmann stimmten 475 Delegierte mit 4864 125 Mitglieder, dagegen 168 Delegierte, die 1925 972 Mitglieder vertreten.

Die angenommene Resolution lautet:

„Die allgemeine ökonomische Entwicklung vollzieht sich im schnellsten Tempo zu großen industriellen Unternehmungen und damit zur Konzentration kapitalistischer Kräfte. Der großindustrielle Entwicklungsprozeß hat weiter dazu geführt, daß eine Trennung der Unternehmungen auf rein beruflicher Grundlage mehr und mehr in den Hintergrund tritt. An ihre Stelle sind Industriearbeiterunternehmungen getreten, die im Produktionsprozeß eine Reihe einzelner Fachgruppen einheitlich umfassen. Die organische Zusammenfassung kapitalistischer Kräfte geht jedoch darüber hinaus. Sie beginnt mit der Erzeugung und Gewinnung der Rohstoffe. Die Erzeugung und Gewinnung von Rohstoffen, ihre weitere Verarbeitung und Ausnutzung der sich ergebenden Nebenprodukte, der Transport und Verkauf der Ware stehen vielfach in enger Verbindung.“

Dieser Entwicklungsprozeß wird von kapitalistischer Seite mit allen Kräften gefördert. Das zeigt sich in der Verbindung zusammenhängender oder verwandter Industriezweige, darüber hinaus in der Bildung von Konzernen, die mehr und mehr das ganze Wirtschaftsleben beeinflussen. Bei handwerkermäßigen Betrieben treten noch vielfach Kleinunternehmer hervor. Die Arbeiter der verschiedenen Handwerksberufe sind jedoch öfter an einem gemeinsamen Arbeitsplatz beschäftigt, so im Baugewerbe. Auch bei den handwerkermäßigen Betrieben vollzieht sich ein engerer organisatorischer Zusammenfluß.“

Im Kampfe der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen muß deshalb dem kraft organisierten Unternehmertum eine in große, leistungsfähige Industriearbeiterorganisationen zusammengefaßte Arbeiterklasse entgegengesetzt werden. Der Gewerkschaftskampf wird benachteiligt und ein einheitliches Arbeiten aufs äußerste erschwert, wenn mehrere Berufsorganisationen in einer Industrie-gruppe ihr Betätigungsfeld erblicken. Dasselbe trifft zu, wenn bei Tarifverhandlungen einem Unternehmer oder einer einheitlichen Unternehmergruppe eine Anzahl von Berufsorganisationen gegenüberstehen. Dies führt zu unnötigem Verbrauch an Kräften und Mitteln.

Die an die Gewerkschaften gestellten Anforderungen sind in den letzten Jahren gewaltig ge-

stiegen. Die Aufgaben der Betriebsräte, sowie die Wirtschaftsfragen und die mit allen Kräften anzustrebende Sozialisierung können nicht genügend auf der Grundlage des einzelnen Berufes gefördert werden. Das kann erfolgreich nur durch Industrieorganisationen geschehen.

Aus allen diesen Gründen hält der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß eine grundlegende Änderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts für notwendig. Für große zusammenhängende Industrien, z. B. Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, Graphisches Gewerbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Leder herstellende und verarbeitende Industrie, Holzindustrie, Lebens- und Genussmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Weinbau und Gärtnerei, sind einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen. Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.

Ausgehend von dieser Anschauung, beauftragt der Kongreß den Vorstand und Ausschuß des ADGB., in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.“

Am letzten Tage ging es im Eiltempo. Eine Reihe von Anträgen zu den Sitzungen des Bundes wurden erledigt. Die Festlegung von Richtlinien bei der Führung von Lohnkämpfen in gemischten Betrieben wurde an den Bundesausschuß zurückgewiesen, da einige große Verbände gegen die Fassung dieser Richtlinien energig Einpruch erhoben. Annahme fand auch ein Antrag, der sich scharf gegen die Technischen Notkässe wendet. Für die Zukunft soll auf 15 000 Mitglieder ein Kongreßteilnehmer kommen; heute sind dazu 10 000 erforderlich.

Helle Empörung rief auf dem Kongreß die Nachricht von der Ermordung Rathenaus hervor und faßte der Kongreß als Protest gegen diesen politischen Mord den Beschluß, am Dienstag, den 27. Juni, nachmittags, im ganzen Reich Arbeitsruhe zu proclamieren.

Die Wahl des Bundesvorstandes brachte die Wiederwahl des alten Vorstandes. 152 weiße Stimmzettel wurden abgegeben, so daß der Bundesvorstand von 683 abgegebenen Stimmzetteln mit 463 Stimmen im niedrigsten und mit 491 Stimmen im höchstfall wiedergewählt wurde.

Die Masse der „Sonstigen Anträge“ wurde Zeitmangels halber dem Bundesausschuß zur weiteren Erledigung überwiesen.

Alles in allem: Der Kongreß hat zweifellos gute und die Massen unserer Gewerkschaftsmitglieder befriedigende Arbeit geleistet und neue Wege aufgezeichnet, die zu geben jede Organisation nunmehr verpflichtet ist. Unsere Gewerkschaften schlagfertig zu machen, war seine Aufgabe. Mit gutem Gewissen ist zu sagen, daß er diese Aufgabe erfüllt hat.

### Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im Juni

Ist nach den beim Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlages und der Papierverarbeitung eingegangenen Berichten sehr uneinheitlich gewesen. Teilweise ist gegenüber dem Monat Mai eine Besserung eingetreten, teilweise aber auch eine wesentliche Verschlechterung. Der Eingang von Neuaufträgen hat in den meisten Fachgruppen stark nachgelassen, besonders aus dem Auslande. Diejenigen Gruppen, die zurzeit noch gut beschäftigt sind, klagen noch immer über unzufriedenende Rohstoffversorgung, namentlich über die Papierverkäufe zu offenen Preisen. Sehr störend machten sich die fortgesetzten Erhöhungen der Frachttarife, die Knappheit der Brennstoffe bemerkbar. Ueberall wird über Kapitalmangel geklagt.

Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

In der Buntpapierindustrie ist der inländische Absatz merklich zurückgegangen, da der Kaufkraft der Verbraucher nachläßt und der Handel zurückhält. Im europäischen Ausland sind die bisherigen Preise wegen belgischer, französischer und skandinavischer Unterbietungen nicht mehr zu halten, so daß das Ausland teilweise Aufträge zurückzog. Die Rohstoffversorgung besserte sich. Die Mitte Juni er-



höhten Löhne, Ankosten, die erhöhten Papier- und Farbpreise zwingen zu einer neuen Preiserhöhung. — Aus den Berichten der dem „Verein deutscher Gummiriesen“ angehörenden Betriebe geht hervor, daß die Beschäftigung auch im Monat Juni keine einheitliche gewesen ist. Die Preise sind an den Weltmarktpreis herangekommen und haben ihn teilweise überschritten, so daß für die Ausfuhr kein Anreiz mehr besteht. Die Rohstoffversorgung war schlecht. — In der Tüten- und Beutelfabrikation hat sich die Lage sehr verschärft. Ein größerer Absatz nach dem Ausland war der hohen Preise wegen schwer durchführbar und war nur noch in Spezialartikeln möglich. Im Inlande konnten zunächst noch die höheren Papierpreise angepaßten Verkaufspreise erzielt werden. — Nach den Berichten des Verbandes deutscher Faltschachtelfabrikanten zeigt die Beschäftigung denselben Umfang wie im Vormonat (gute Beschäftigung). Die Rohstoffversorgung war fortlaufend schleppend. Die Papierpreise steigen noch immer mit jeder Lieferung, die Verkaufspreise müssen von Fall zu Fall erhöht werden. — In der Kartonnagenindustrie macht sich, wie der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten E. V. meldet, eine wesentliche Verschlechterung der Beschäftigung bemerkbar, und zwar zum Teil infolge mangelhafter Rohstofflieferung, zum Teil, weil die Kundenschaft infolge der hohen Preise zum Verbrauch billigerer Packungen übergeht. Die Ausfuhr stockt fast völlig, Preis-erhöhungen waren nötig, blieben jedoch erheblich hinter der Erhöhung der Gestehungskosten zurück. — Bei den Betrieben der Vereinigung deutscher Fabrikanten von pharmazeutischen Kartonnagen und Papierwaren ist die Lage, wie im Vormonat, immer noch verhältnismäßig befriedigend. Dagegen wurde die Rohstoffversorgung wieder schwieriger, die Verkaufspreise wurden erhöht um 20 Proz., die Löhne um 15 Proz. — Der Verband Deutscher Wellpappefabrikanten meldet einen weiteren Beschäftigungsrückgang. Die Hoffnung auf billigere Preise drückt noch immer auf die Auftragserteilung und wird bestärkt durch Angebote einer merklichen Ueberproduktion. Die Ausfuhr stockt, die Rohstoffversorgung war befriedigend. Die Arbeiter einiger Fabriken traten in den Streik. — Für Schreibstoffe und Zeicheninstrumente hat sich die Beschäftigung verschlechtert, weil größere Verkäufe nach dem Osten nicht getätigt werden konnten. Die Rohstofflieferung ist bei steigenden Preisen besser geworden.

Der Börsenverein der deutschen Buchhändler zu Leipzig meldet, daß im Buchhandel ein Rückgang in der Produktion, wenn man die Zahl der angelegten Neuerscheinungen zugrunde legt, nicht zu erkennen ist. Die Papierbeschaffung machte keine besonderen Schwierigkeiten, doch wird die ständig zunehmende Steigerung der Papierpreise lebhaft beklagt, ebenso die Unübersichtlichkeit in der Vorausberechnung der Preise, da die Papierfabriken nur zu unverbündlichen Preisen anbieten und verkaufen und die endgültige Preisforderung erst beim Lieferungsstermin festzustellen sich vorbehalten. Auch die weiter fortschreitenden Steigerungen der Druck- und Buchbinderpreise stellen den Buchhandel vor große Schwierigkeiten, denn er ist feinerseits bei der Kalkulation seiner Preise genötigt, der zunehmenden Verarmung des deutschen Volkes weit stärker Rechnung zu tragen, als dies die für ihn arbeitenden Industrien für nötig halten und anzuerkennen bereit sind. Die Preise für die Neuerscheinungen sind daher teilweise bereits auf das Niveau der Vorkriegspreise gestiegen. Auch die allgemeinen Geschäftskosten des Buchhandels weisen ständig steigende Ziffern auf, insbesondere wird er durch die neuen Erhöhungen des Eisenbahn- und Posttarifs schwer betroffen. Neue Lohnbewegungen sind auch im Buchhandel nicht ausgeblieben, die Tarifserhöhungen dürften sich im Rahmen der allgemeinen Lohnserhöhungen halten.

Im Buchdruckgewerbe kann auf einen befriedigenden Beschäftigungs zurückgeblieben werden. Die Rohstoffversorgung bereitet zum Teil noch Schwierigkeiten, Rohstoffe wie Leinwand, Stoffe zogen beträchtlich in Preise an. Die Verkaufspreise wurden um 25 Proz. erhöht. Besonders ist noch zu bemerken, daß der Mangel an gelerntem Arbeitern in wachsendem Maße das Gleichgewicht in der Produktion stört. — Im Steindruckgewerbe blieb die Beschäftigung die gleiche. Es ist aber mit einem Rückgang zu rechnen, da die alten Aufträge nach und nach aufgearbeitet werden und neue Aufträge nur sehr schleppend eingehen. Ueber die Rohstoffversorgung konnte nicht geklagt werden. Die Verkaufspreise wurden den erhöhten Unkosten angepaßt. — Für das Lithographiegewerbe kann nach der Stagnation im Mai eine leichte Besserung des Geschäftes festgestellt werden. Die Rohstoffversorgung war befriedigend. Das Ausland scheint nach kurzer Zurückhaltung wieder größere Aufträge zu placieren. — Im Postartengeschäft haben sich wesentliche Änderungen gegenüber dem Mai nicht ergeben. Die Autochrom-Konvention meldet

für die bezüglich den Postarten eine Verschlechterung der Beschäftigung. Die Rohstoffversorgung verbesserte sich etwas bei steigenden Preisen. Die Verkaufspreise hielten sich auf der alten Höhe. — Beim Verein deutscher Spielkartenfabriken war die Beschäftigung für ältere Aufträge vorerst weiter gut, doch gingen neue Aufträge spärlicher ein. Die Rohstoffbeschaffung war mitunter recht schwierig, die Rohstoffpreise stiegen beträchtlich. Trotzdem wurden die Verkaufspreise vom Mai beibehalten. Die Ausfuhr war, soweit es sich um ältere Aufträge handelte, noch reger, während neue Aufträge seltener einlaufen.

**Änderung des Steuerabzuges.**

Auf Grund der in den letzten Monaten eingetretenen Geldentwertung mußte der Reichstag Veranlassung nehmen, das Einkommensteuergesetz wesentlich abzuändern. Sollte der Zweck des im Jahre 1920 geschaffenen Lohnsteuergesetzes auch jetzt noch erreicht werden, dann mußte die Grenze der Einkommen, bis zu der 10 Proz. von Gehältern und Löhnen in Abzug gebracht werden, und die zuletzt 50 000 M. betrug, wesentlich hinaufgesetzt werden. Der Reichstag hat deshalb diese Grenze auf 100 000 M. erhöht. Dadurch wird das Gros der Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht zur Selbstveranlagung kommen, und die ohnehin mit Arbeit stark überlasteten Finanzämter werden davor bewahrt, ungefähr 15 Millionen Steuerdeklarationen mehr zu bearbeiten.

Durch die vorgenommene Änderung ergibt sich sowohl für die unteren wie auch für die mittleren Einkommen eine sehr erhebliche Entlastung.

Bisher betrug die Einkommensteuer:

10 Proz. für die ersten	50 000 M.
15 " " " nächst.	10 000 "
20 " " " "	20 000 "
25 " " " "	20 000 "
30 " " " "	100 000 "
35 " " " "	100 000 "
40 " " " "	200 000 "
45 " " " "	500 000 "
50 " " " "	500 000 "
55 " " " "	500 000 "

für die weiteren Beträge 60 Proz.

Nach dem neuen Gesetz beträgt die Einkommensteuer:

10 Proz. für die ersten	100 000 M.
15 " " " nächst.	50 000 "
20 " " " "	50 000 "
25 " " " "	50 000 "
30 " " " "	150 000 "
35 " " " "	200 000 "
40 " " " "	200 000 "
45 " " " "	200 000 "
50 " " " "	1 000 000 "
55 " " " "	1 000 000 "

für die weiteren Beträge 60 Proz.

Wie stark die Entlastung ist, geht daraus hervor, daß bisher von einem Jahreseinkommen von 100 000 M. ohne die gesetzlichen Abzüge 15 500 M. zu zahlen waren, während jetzt nur noch 10 000 M. zu entrichten sind. Eine Beamten-, Angestellten- oder Arbeiterfamilie, die drei Kinder hat und ein Jahreseinkommen von 100 000 M. erzielt, konnte nach dem alten Gesetz 21 000 M. von Einkommen in Abzug bringen und mußte immerhin noch 10 300 M. an Steuern entrichten. Nach dem neuen Gesetz können 49 200 M. in Abzug gebracht werden, und die Steuer beträgt nur 5080 M.

Die jährlichen Abzüge vom Einkommen betragen:

	Altes Gesetz:	Neues Gesetz:
Werbungskosten . . .	5400 M.	10 800 M.
Für den Mann . . .	2400 "	4 800 "
Für die Ehefrau . . .	2400 "	4 800 "
Für jedes Kind . . .	3600 "	9 600 "

Auf den Monat berechnet betragen die Abzüge von der Steuer:

	Altes Gesetz:	Neues Gesetz:
Werbungskosten . . . . .	45 M.	90 M.
Für den Mann . . . . .	20 "	40 "
Für die Ehefrau . . . . .	20 "	40 "
Für jedes Kind . . . . .	30 "	80 "

Wochenweise verrechnet betragen die Abzüge:

Werbungskosten . . .	10,80 M.	21,60 M.
Für den Mann . . .	4,80 "	9,60 "
Für die Ehefrau . . .	4,80 "	9,60 "
Für jedes Kind . . .	7,20 "	19,20 "

Für eine Familie mit einem Kind konnten somit bisher monatlich 115 M. von der Steuer in Abzug gebracht werden, während es jetzt 250 M. sind. Der Abzug erhöht sich bei zwei Kindern auf 330 M., bei drei auf 410 M., bei vier auf 490 M., bei fünf auf 570 M., bei sechs auf 650 M., während die Abzüge nach dem alten Gesetz bei sechs Kindern monatlich nur 285 M. betragen.

Somit hat der Arbeiter, der einen Wochenverdienst von 1200 M. erzielt, wenn er ledig ist, 88,80 M. an Steuern zu entrichten, ist er verheiratet und kinderlos 79,20 M., ist er verheiratet und hat ein Kind, zahlt er 60 M. Steuern, mit vier Kindern hat er nur noch 2,40 M. wöchentlich an Steuern zu entrichten.

Von den Veranlagungspflichtigen konnten bisher 3000 M., die für die Lebensversicherungen ausgegeben wurden, vom Einkommen in Abzug gebracht werden. Diese Summe ist auf 8000 M. erhöht, und außerdem hat im Gesetz eine Bestimmung Aufnahme gefunden, wonach Spareinlagen bis zu einem Betrage von 8000 M. jährlich, sofern die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall oder für den Fall des Erlebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als 20 Jahren vereinbart ist, und die Vereinbarung unter Bericht beider Vertragsparteien auf eine Abänderung oder Aufhebung dem zuständigen Finanzminister angezeigt wird, vom Einkommen ebenfalls in Abzug gebracht werden können.

Hat also jemand ein Jahreseinkommen von 60 000 M., und er zahlt davon für sich, seine Frau und ein Kind je 4000 M. in eine öffentliche Sparkasse oder in die einer Genossenschaft nach den vereinbarten Bestimmungen ein, so sind nur 48 000 M. Einkommen steuerpflichtig. Es dürfte zweckmäßig sein, daß insbesondere die Genossenschaften, die ja großen Kapitalbedarf haben, auf diese Bestimmung Wert legen.

Eine Neuerung bringt das Gesetz auch insofern, als Steuerpflichtige, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, und deren Einkommen den Betrag von 50 000 M. nicht übersteigt, neben den sonstigen Abzügen weitere 2000 M. von der Steuer in Abzug bringen können.

Uebersteigen die jährlichen Werbungskosten den Betrag von 12 000 M., hat auf Antrag die Rückerstattung der zuviel gezahlten Steuern zu erfolgen. Das Gesetz tritt mit dem 1. August dieses Jahres in Kraft.

Bei Lohn- und Gehaltszahlungen, die vor dem 1. August für August und später im Voraus gezahlt wurden und somit der Steuerabzug nach den alten Bestimmungen erfolgte, muß der zuviel abgezogene Steuerbetrag beim nächsten Steuerabzug mit angerechnet werden.

Um volle Klarheit über das neue am 1. August 1922 in Kraft tretende Einkommensteuergesetz zu bringen, das für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte von großer Wichtigkeit ist, lassen wir hier einige praktische Beispiele folgen. Die von 10 Proz. des Arbeitseinkomes in Zukunft abzugsfähigen Werte ergeben sich wie folgt:

Verschiedene Arten der Lohnabrechnung	den Steuerpflichtigen	Abzüge für jedes Jahr	den minderjährigen Kindern	Werbungskosten
für je 2 angefang. w. volle Arbeitstid.	0,40	0,40	0,80	0,90
täglich	1,60	1,60	3,20	3,60
wöchentlich	9,60	9,60	19,20	21,60
monatlich	40,-	40,-	80,-	90,-
jährlich	480,-	480,-	960,-	1080,-

An einigen Beispielen soll gezeigt werden, wie in Zukunft der Steuerabzug vorzunehmen ist.

1. Bei einem ledigen, ständigen Arbeitnehmer würde sich z. B. bei einem Wochenlohn von 1280 M. der Steuerabzug nach dem 1. August 1922 wie folgt gestalten: Wochenlohn 1280 M., davon 10 Proz. 128 M., abzugsfrei 9,60 M., Werbungskosten 21,60 M. = 31,20 M. Die Steuer beträgt 96,80 M.

2. Bei einem verheirateten ständigen Arbeitnehmer mit vier minderjährigen Kindern würde sich bei dem gleichen Wochenlohn von 1280 M. der Steuerabzug nach dem 1. April 1922 wie folgt gestalten: Wochenlohn 1280 M., davon 10 Proz. 128 M.; abzugsfrei 2 x 9,60 + 4 x 19,20 = 96 M., Werbungskosten 21,60 = 117,60 M. Die Steuer beträgt 10,40 M.

**Entscheidungen des Tarifamtes für das deutsche Buchbindergewerbe. (30. Mai 1922.)**

**Streitfall 1.**

Zur Verhandlung steht die mehrfach vertagte Streitfrage des Protokolls der Firma Hartung u. Co., Hamburg, wegen Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe gemäß dem Zusatzvertrag für Buchdruckereien.

Es wird festgestellt, daß eine unmittelbare Ladung der Firma zur Verhandlung durch das Tarifamt nicht erfolgt ist und wird deshalb beschlossen, die Verhandlung zu vertragen und die Firma mit dem Hinweis zu laden, daß wenn sie nicht erscheinen sollte, in ihrer Abwesenheit verhandelt wird sowie ihr aufzugeben, den Zeugen Herrndt B. mitzubringen.

**Streitfall 2.**

Die Zahlstelle Breslau fordert Anerkennung des Urteils vom Faaktarifamt in Sachen Bedienung von Schneidemaschinen. Eine bildliche Darstellung der

Maschine, die nach Angabe des Herrn R. in Breslau die umstrittene ist, liegt vor.

**Entscheidung:** a) Den Antragstellern wird aufgegeben, sich zu erklären, ob und inwieweit sich die Maschine, die sie von Gehlßen bedient sehen wollen, von der in der Anlage abgebildeten, als Stanzmaschine anzusehenden Eden- und Ausstoßmaschine unterscheiden.

b) Neuer Termin wird auf Antrag anberaumt, zu dem die Vorgänge des Leipziger Tarifamtes mit dem darin enthaltenen Gutachten vorzulegen werden sollen.

#### Streitfall 3.

Die Firma H. S. in Weimar fordert Aufhebung eines Schiedsgerichtsentscheidendes, nach dem sie verurteilt war, an ihr Personal den 9. November als Feiertag zu bezahlen.

**Entscheidung:** Unter Aufhebung der Entscheidung des Tarifschiedsgerichts in Erfurt vom 24. Januar 1922 wird der Antrag auf Bezahlung des 9. November für das Buchbindereipersonal der Firma H. S., Weimar, abgewiesen.

#### Streitfall 4.

Die Arbeiterinnen der Firma R. u. S. in Leipzig fordern Anerkennung des Reformationsfestes und des Bußtages als Feiertage.

**Entscheidung:** Den Buchbindereiarbeiterinnen der Firma R. u. S. in Leipzig sind Reformationsfest und Bußtag, soweit an ihnen gefeiert wird, zu bezahlen.

#### Streitfall 5.

Das Personal der Leipziger Briefumschlagfabrikanten, die Arbeitnehmer der Firma C. in Ebersbach und die Arbeitnehmer der Firma R. in Plauen fordern die Anerkennung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag.

**Entscheidung:** Die Anträge auf Bezahlung des 1. Mai für die Buchbindereiarbeiter der Firmen des Verbandes Leipziger Briefumschlagfabrikanten, der Firma C. in Ebersbach und der Firma R. in Plauen werden abgewiesen.

#### Streitfall 6.

Die Firma Sp. in Leipzig fordert Aufhebung eines Schiedsgerichtsentscheidendes, nach dem die Firma verurteilt war, an ihr Personal die Pausen bei Sonn- und Feiertagsarbeit zu bezahlen.

**Entscheidung:** Die Berufung gegen die Entscheidung des Tarifschiedsgerichts in Leipzig vom 4. Januar 1922 wird zurückgewiesen.

#### Streitfall 7.

Die Firma W. u. Z. in München-Grabbach will bei der Bezahlung von Akkordarbeit die Lohnsätze in der Weise festsetzen, daß Gehilfen und Arbeiterinnen 15 Proz. mehr verdienen als den Stundenlohn, der für ihre Altersklasse in Betracht kommt, d. h. sie will den jungen Gehilfen und den jugendlichen Arbeiterinnen einen niedrigeren Akkordlohn zahlen als den Älteren.

**Entscheidung:** Der Akkordlohn ist für die gleiche Arbeit einheitlich, und zwar für Männer und Frauen getrennt, festzulegen.

## Entscheidungen des Tarifamtes für die Etuis- und Kartonnagenindustrie.

(10. Juni 1922.)

**Streitfall 1:** Die Firma H. in Luckenwalde war vom dortigen Schiedsgericht verurteilt, für die Herstellung von Papptellern entsprechend dem Antrag der Kläger Bezahlung zu leisten. Gegen diesen Entscheid rief die Firma das Tarifamt an.

**Entscheidung:** Der Einspruch der Firma H. in Luckenwalde gegen den gefällten örtlichen Schiedspruch wegen Bezahlung der Pappsteller wird zurückgewiesen.

**Streitfall 2:** Die Arbeitnehmer in Luckenwalde fordern eine Entscheidung in dem Sinne, daß die Arbeiterinnen, welche Pappsteller pressen, Bezahlung nach Männerlohn erhalten.

**Entscheidung:** In der Streitsache gegen die Firma B. und H. erklärt das Tarifamt den Entscheid vom 28. September 1921 auch heute noch für verbindlich.

**Streitfall 3:** Die Bezugsarbeiterinnen der Firma G. in Berlin hatten durch örtlichen Schiedspruch ein obliegendes Urteil erlangt, nach dem die Firma verpflichtet war, 25 Proz. bis 75 Proz. Aufschlag zur Erfüllung der Ziffer 32 des Hauptvertrages zu zahlen. Gegen diesen Schiedspruch hat die Firma Berufung eingelegt.

**Entscheidung:** Der Einspruch der Firma G. in Berlin wird aus formalen Gründen zurückgewiesen.

**Streitfall 4:** Die Firma P. in Berlin war vom örtlichen Schiedsgericht verurteilt worden, an den Zuschreider U. und den Mieter B. eine früher gewährte Zulage von 75 Mk. bzw. 100 Mk. für die Dauer weiterzuzahlen. Gegen diese Entscheidung hat die Firma Berufung eingelegt.

**Entscheidung:** In der Streitsache der Firma P. in Berlin gegen den Zuschreider U. und gegen den Mieter B. wird der Einspruch der Firma gegen den örtlichen Schiedspruch zurückgewiesen.

**Streitfall 5:** Die Firma Sch. in Berlin war vom örtlichen Schiedsgericht verurteilt worden, an den kriegsbeschädigten Hilfsarbeiter W. den Tariflohn zu zahlen, der dem Kläger zuzehen würde, wenn er völlig gesund wäre. Gegen diese Entscheidung hat die Firma Berufung eingelegt.

**Entscheidung:** In der Streitsache der Firma Sch. in Berlin gegen den kriegsbeschädigten Arbeiter W. wird das Urteil des örtlichen Schiedsgerichtes aufgehoben. Der Firma wird aufgegeben, sich mit dem örtlichen Vertreter der Arbeitnehmerorganisation unter Bezugnahme auf die Ziffer 20 des Hauptvertrages zu verständigen.

**Streitfall 6:** Zwischen der Firma P. in Leipzig und ihrem Personal sind Meinungsverschiedenheiten entstanden über die Auslegung der Ziffer 8 des Hauptvertrages. Die Firma P. will Ansprüche der Arbeitnehmer, die entstanden sind aus dem Umstand, daß nicht gearbeitet werden konnte, entsprechend der Ziffer 8 entschädigen. Die Arbeitnehmer machen demgegenüber geltend, daß in der Firma 14tägige Kündigungsfrist bestehe und deshalb die Ziffer 8 nicht angewandt werden dürfe, sondern Entschädigung nach den gesetzlichen Bestimmungen zu zahlen sei.

**Entscheidung:** In der Streitsache der Firma P. in Leipzig bzw. des Leipziger Schiedsgerichtes wegen der Auslegung der Ziffer 8 des Hauptvertrages erklärt das Tarifamt sich für unzuständig.

**Streitfall 7:** Das Personal der Firma R. u. P. in Sorau fordert Nachzahlung des Zeitlohnes nach Ortsklasse 4 des Reichsarifes.

**Entscheidung:** Die Streitsache des Personals der Firma R. u. P. in Sorau wegen Nachzahlung von Lohn nach Ortsklasse 4 wird vertagt.

**Streitfall 8:** Die Firma L. in Nordhorn hat im Herbst 1921 ihrem Personal eine Teuerungszulage gezahlt. Unlänglich des Inkrafttretens des Lohnabkommens vom 24. März 1922 will die Firma die Teuerungszulage nicht fortzahlen, sondern in Anrechnung bringen. Die Arbeitnehmer fordern Weiterzahlung.

**Entscheidung:** In der Streitsache gegen die Firma L. in Nordhorn betreffend die Fortzahlung der im Herbst 1921 bewilligten Teuerungszulage wird die Entscheidung ausgef.

**Streitfall 9:** Die Firma A. in Leipzig hat mit ihrem Betriebsrat keine Einigung über die Kündigungsfrist in der Arbeitsordnung erzielen können. Die Belegschaft fordert auf Grund der Ziffer 46 des Reichsarifes eine Kündigung von 14 Tagen. Vor Inkrafttreten des Reichsarifes bestand bei der Firma eine 14tägige Frist, an der bis heute nichts geändert ist. Das örtliche Schiedsgericht hat entschieden, daß die 14tägige Kündigungsfrist nach wie vor zu Recht bestehe. Die Firma fordert Entscheidung des Tarifamtes.

**Entscheidung:** In der Streitsache der Firma A. in Leipzig gegen das Personal wegen Nichtanerkennung der 14tägigen Kündigungsfrist erklärt sich das Tarifamt für unzuständig.

**Streitfall 10:** Die Arbeitgeber von Annaberg-Buchholz zahlten das am 30. November 1921 vereinbarte Lohnabkommen nur erst vom 2. und nicht vom 1. Dezember. Das örtliche Schiedsgericht ist in der Frage, trotzdem es angegangen wurde, nicht zusammengetreten.

**Entscheidung:** In der Streitsache der Arbeitnehmer von A. u. B. wegen des Beginns des Lohnabkommens vom 30. November 1921 entscheidet das Tarifamt, daß die Firmen gehalten sind, die Löhne des damaligen Lohnabkommens vom 1. Dezember an zu zahlen.

**Streitfall 11:** Die Arbeitnehmer von Neufalz (Oder) beantragen Verletzung von Neufalz in Klasse I des Reichsarifes mit der Begründung außergewöhnlich gelagerter Verhältnisse.

**Entscheidung:** In der Streitsache betreffend Verletzung von Neufalz wird die Entscheidung ausgef.

**Streitfall 12:** Die Arbeitnehmer von Mannheim und Ludwigshafen fordern unter Bezugnahme auf die Protokollnotiz Nr. 18 Einreihung von Mannheim und Ludwigshafen in Ortsklasse II.

**Entscheidung:** In Erledigung der Protokollnotiz Nr. 18 des Ortsklassifizierungsschiffes, betreffend Verletzung von Mannheim und Ludwigshafen nach Ortsklasse II entscheidet das Tarifamt, die Plätze werden ab 16. Juni in Ortsklasse II eingereiht.

## Badhaus-Schmidt.

Eine Erzählung aus Hessen von J. Becker.  
"Mensch ärgere dich nicht," ist gut gesagt. Nun möchten wir den aber sehen, der sich nicht ärgert, wenn er von einem ganzen Dorf — geärgert wird. So ging es nämlich dem Badhaus-Schmidt: er ärgerte sich auch über "jede Lumperei". Zunächst darüber, daß sie ihn den "Nafen-Schmidt" nannten. Den Namen "Badhaus-Schmidt" bekam er später. Wie das zugeht, wollen wir im nachstehenden erzählen.

Der Nafen-Schmidt war lang und hager von Gestalt, dabei etwas gebeugt. Wie nun fast jedes Dorf seinen Luchthund hat, so hat es auch in der Regel einen, an dem es seinen Witz ausläßt. Das Dorf, das wir bei dieser kleinen Erzählung im Auge haben, hatte also den Nafen-Schmidt als denjenigen sich erkoren, der ihm zur Zielscheibe seines Witzes diente. Das kam aus verschiedenartigen Ursachen: Schmidt hatte erstens eine schief geratene Nase, zweitens war er ein "Naches" und "Almei" — das heißt also einer, der "nicht genug friegen" konnte — und drittens war er ärgersüchtiger Natur. Sein Gesicht zeigte auch stets einen grämlichen unzufriedenen Ausdruck. So wußte er, daß man ihn den Nafen-Schmidt hieß, und darob ärgerte er sich grimmig. Die an die Dorfstraße grenzende Giebelwand seines Hauses war in erreichbarer Höhe mit gut und schlecht gelungenen Zeichnungen bedeckt, die alle eine männliche Figur, stets mit einer mißratenen Nase ausgestattet, dar-

stellten. Wievielmal "Nafen-Schmidt" an der Wand angeschrieben war, konnte man überhaupt nicht zählen: die Worte waren eben kreuz und quer, durch und ineinander geschrieben.

Schmidts Haus stand inmitten des Dorfes, mit dem Giebel nach der Straße gekehrt — wie wir schon sagten. Von der Straße aus führte ein mit Steinplatten gedeckter Gang vor dem Hause her bis zur Umgangstür, neben der eine steinerne Bank stand, auf der Schmidt eines Sonntagsabends saß und schmunzelnd den Hausen Mist bedünzte, der vor ihm auf dem Hofe lag. Gegenüber stand die Scheune und rechts ein niedriger Stallbau, in dem die Schweine grunzten und quiekten. Dazwischen brüllten die Kühe — eine herrliche Musik für Schmidts Ohren. Und in der Tat hat solche Musik, ausgeübt von Schweinen, Kühen, Ochsen und Kälbern, einen praktischen Wert als die schönste Arie aus Don Juan. So ähnlich hat schon einmal ein Schwälmer Bauer vor langen, langen Jahren einem heffischen Landgrafen gesagt, und der Landgraf ließ sich auch in diesem Sinne überzeugen.

Während Schmidt auf der Bank saß und seine hölzernen Peife rauchte, überlegte er, wie diese Woche am vorliebstesten die Arbeit einzurichten sei. Dabei ruhte sein gieriger Blick auf dem Haufen Mist da auf dem Hofe. Der Mist mußte morgen unter allen Umständen hinaus. Er gab zwar etliche Wagen voll, und die Keder, auf die er gefahren werden sollte, lagen ziemlich entfernt vom Dorfe. Sollte der Mist also vollständig hinaus, dann mußte in aller

Frühe angefangen werden. Ja, hätte man da doch gleich, wenn man vom Lager aufstand, einen geladenen Wagen Mist schon parat gehabt! Dann konnten die Kühe davorgepannt und vor dem Morgentafel schon der Mist hinausgefahren werden. Während dann nach der Rückkehr Schmidt seinen Kaffee trank und einen Bierleib Brot verzehrte, konnten Frau und Tochter den Wagen wieder beladen. So mußte die Geschichte klappen. So brachte man den Mist in einem Tag vom Hofe. Und am andern Tag konnte das Zotteln des Mistes besorgt werden.

So überlegte Schmidt. Das Fatale war, daß es heute gerade Sonntag war! Da konnte man sich nicht rühren, wenigstens nicht zum Mistladen. Schmidt überlegte hin und her, während seine Augen drüben auf dem Lindenbaum und dem dahinter befindlichen Gemeinbebadhaus ruhten. Das Badhaus stand an einem Rain und vor einer Mauer, die den Baum stützte. Von ihr aus konnte man bequem auf das Dach des Badhauses gelangen. Dieses Dach wurde durch das Geäst und Gezweig des Lindenbaumes verdeckt.

Es begann zu dunkeln. Bald war es Zeit, zu Bett zu gehen. Frau Schmidt erschien eben in der Haustür und sagte zu ihrem Manne:

"Sabot, ich lege mich, 's Kathchen Ts auch schon ins Bett. Willste noch ni?"

"Ich will erst mei 'Pfeif' austrauhe," erwiderte Schmidt. "Dann komm' ich."

Seine Frau "schlurte" in die Stube zurück.



**Streitfall 13:** Die Arbeitnehmer der Firma R. u. W. und A. u. R., Chemnitz, fordern Anerkennung der Lohnsätze, wie sie im Dezember 1920 festgelegt wurden. Das örtliche Schiedsgericht hatte die Firma antragsgemäß verurteilt. Gegen diesen Entscheid hat die Firma Berufung eingelegt.

**Entscheidung:** In der Streitfrage gegen die Firma R. u. W. und A. u. R. in Chemnitz auf Anerkennung der Lohnsätze vom Dezember 1920 entscheidet das Tarifamt, daß der Spruch des örtlichen Schiedsgerichts vom 22. April 1921 als verbindlich gilt.

**Vorstände-Vereinbarung.**

Unter Bezugnahme auf die Protokollnotiz Nr. 28 betreffend Sorau haben die beiderseitigen Vorstände auf Grund der Indegziffern der Nr. 10 des „Reichsarbeitsblatt“ vom 31. Mai 1922 entschieden, daß Sorau in Ortsklasse IV eingereiht wird, und zwar vom 10. Juni 1922 ab.

**Mangel an gelernten Arbeitern.**

Der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung richtete an den Reichsverband der deutschen Industrie folgende Eingabe:

„In den Zweigen der Papierverarbeitung und des Druckgewerbes macht sich in immer stärker werdendem Maßstabe Mangel an gelernten Arbeitern bemerkbar. Unser Bund nahm deshalb Veranlassung, durch eine Rundfrage festzustellen, inwieweit die ihm angeschlossenen Verbände durch diesen Mangel betroffen werden. Die eingelaufenen Antworten zeigten, daß die Angelegenheit für eine große Zahl von Betrieben außerordentlich brennend geworden ist. Besonders leiden unter dem Mangel an gelernten Arbeitern die Großbuchbindereien, das Buchdruckgewerbe, das Lichtdruck- und Steindruckgewerbe, das chemographische und Kupferdruckgewerbe.“

Die Hauptursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß die Hilfskräfte heute beinahe so gut bezahlt werden wie die gelernten Arbeiter, was natürlich zur Folge hat, daß bei den Arbeitern keine große Neigung besteht, eine drei- bis vierjährige Lehrzeit durchzumachen. Dann aber sind außerordentlich viele gelernte Arbeitskräfte in die Beamtschaft eingetreten, wo sie auch dann noch festgehalten werden, wenn ihre Unproduktivität schon längst festgestellt worden ist. — Soweit die Spanne zwischen den Löhnen gelernter Arbeitskräfte den Mangel an gelernten Arbeitern verursacht hat, muß die Industrie selbst versuchen, in den Tarifverhandlungen eine Besserung herbeizuführen. Soweit aber der Arbeitermangel aus unproduktive Festhalten von Arbeitskräften in der Beamtschaft und den öffentlichen Betrieben zurückzuführen ist, müssen ernsthafte Vorstellungen an die Regierung gerichtet werden, daß hier planmäßig auf geschlechlicher Grundlage, wie z. B. bei den Demobilisationsbestimmungen für Landarbeiter, vorgegangen wird, indem die in den Beamtenstellen befindlichen gelernten Arbeitskräfte der Industrie wieder zugeführt werden. — Wir bitten den Reichsverband der Deutschen Industrie, sich nach dieser Richtung zu verwenden.“

Diese Darstellung des Bundes deutscher Vereine

des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung ist falsch. Nicht „die beinahe so gute Bezahlung der Hilfskräfte wie die gelernten Arbeiter“ ist die Ursache zu dem zweifellos zur Zeit vorhandenen Mangel an gelernten Arbeitern, sondern einmal der zur Zeit außerordentlich große Bedarf an solchen, zum andern deren ungenügende Entlohnung und zum dritten auch die völlig unzureichenden „Kostgeldsätze“ für Lehrlinge. Vornehmlich letztere sind es, die viele Familienväter abhalten, ihre Söhne drei und vier Jahre lernen zu lassen, weil es ihnen nicht möglich ist, die Unterhaltskosten für diese Zeit heute noch aufzubringen. Man beseitige diese Ursachen, und die Klagen über Mangel an gelernten Arbeitern werden bald verstummen.

**Mehr Vertretung der Kolleginnen!**

Eine nicht wegzuleugnende Tatsache ist es, daß die Löhne unserer Kolleginnen der Geldentwertung entsprechend immer niedriger werden. Die Spanne zwischen Männerlöhnen und Frauenlöhnen wird dagegen immer größer. Während unser Lohn 1907 noch 61 Proz. vom Männerlohn war, ging derselbe 1920 bis auf 56 Proz. zurück. Seit dem letzten Lohnabkommen haben wir ja wohl 58 Proz. vom Männerlohn, aber noch lange nicht soviel wie wir haben müßten, nämlich 75 bis 85 Proz. In den meisten anderen Industrien erhalten die Arbeiterinnen 70 bis 85 Proz. vom Männerlohn; z. B. erhalten die Arbeiterinnen der Holzindustrie, der Metallindustrie und der Lederwirtschaft 70 Proz. vom Männerlohn, die Arbeiterinnen der Maßschuhmacher und Herrenschneider haben bis 85 Proz. Daß unsere Kolleginnen bei Lohnverhandlungen unser Interesse mit vertreten, ja mit vertreten müssen, davon sind wir überzeugt. Wir glauben aber, daß es den Kollegen beim besten Willen nicht immer so gelingt, wie sie gern möchten, und zwar der Engerzigkeit der Unternehmer wegen. Und nicht zuletzt deshalb, weil nur immer die Kollegen unser Interesse mit vertreten haben. Wird doch bei den Arbeitgebern dadurch der Anschein erweckt, daß wir Arbeiterinnen überhaupt keine Forderungen stellen, und wir von unseren männlichen Kollegen aufgehebt würden.

So war es nicht immer, denn bei unserer ersten richtigen Lohnbewegung im Jahre 1896 waren die Arbeiterinnen ausschlaggebend, das wurde damals auch von den Arbeitgebern anerkannt. Heute ist es umgekehrt. Denn nun finden es die Arbeitgeber wohl verständlich, wenn die Männer Forderungen stellen, sie sind auch zu kleinen Zugeständnissen bereit. Für uns Arbeiterinnen aber behaupten sie, nichts bewilligen zu können, da sie die Notwendigkeit dafür nicht einsehen wollen. Den Beweis für ihre Behauptungen werden sie uns nicht bringen können. Denn wo kaufen wir Arbeiterinnen billiger Lebensmittel ein, nur weil wir Frauen oder Mädchen sind? Und daß die Frau zum Aufbau ihres Körpers weniger an Nahrungsmitteln braucht wie der Mann, ist auch wissenschaftlich noch nicht festgestellt. Wäre das der Fall, dann hätten bei der Rationierung der Lebensmittel während des Krieges die Frauen auch weniger zugewiesen bekommen wie die Männer. Schon bei den kleinen Kindern kann man es beobachten, daß das Mädchen ebensoviel Milch haben muß wie der Knabe. Das Quantum der Nahrungsmittel zur Erhaltung des

Körpers richtet sich beim Mann sowie bei der Frau nach der Beschaffenheit des Körpers, sehr häufig aber auch nach dem Gebrauche. Für die Kleidung müssen die Arbeiterinnen, auch bei den bescheidensten Ansprüchen, ebensoviel Geld ausgeben wie die Männer. An Wohnungsmiete müssen sie auch das gleiche zahlen wie die Männer, ja sie müssen meistens froh sein, wenn sie überhaupt ein Unterkommen finden. Ich kann nun nicht verstehen, wie jemand ausrechnen kann, daß eine Frau weniger an Lohn zu bekommen hat wie der Mann. Ich würde eine solche Rechnung genau wiederlegen können. Wenn trotzdem viele Arbeiterinnen gezwungen sind, billiger zu leben wie die Männer, dann tun sie das nur auf Kosten ihrer Gesundheit. Und daß das auf die Dauer nicht so weitergehen kann, haben unsere Kolleginnen erkannt. Sie wissen nur nicht, daß sie selbst durch ihre jahrelange Interesslosigkeit mit Schuld an diesen traurigen Verhältnissen tragen. Sie wissen auch nicht, daß das so lange Versäumte nur durch harte Arbeit in der Organisation wieder gutgemacht werden kann, und deshalb verlangen diejenigen, die es erkannt haben, mehr weibliche Vertretung innerhalb unserer Verbandskörperschaften, weil sie darin schon das Allheilmittel erblicken.

Und hier hat Kollege St. in Nr. 30 der „Buchbinderzeitung“ recht, wenn er sagt, daß uns weiblichen Mitgliedern wenig damit gedient ist, wenn wir jemand in eine Kommission oder zum Verbandstag delegieren, nur weil sie Kollegin ist. Auch ich bin der Meinung, daß unsere Kolleginnen nicht ihrer schönen Augen wegen in einer Kommission oder Verwaltung sitzen sollten, sondern um mit unseren Kollegen zusammen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Dazu gehört aber vor allen Dingen die Unterstützung unserer Kollegen. Denn es kommt doch ganz darauf an, wie eine Kollegin, die durch die falsche Erziehung in Schule und Familie noch nicht so vorgebildet ist wie der Kollege, nun zur Mitarbeit herangezogen wird. Auch darf es nicht vorkommen, wie z. B. in Berlin, daß eine Kollegin in der Vermählung heruntergebrüllt wird, nur weil sie noch nicht fließend reden kann und mal ein Wort doppelt oder falsch sagt. Wir älteren Kolleginnen lassen uns dadurch nicht abdrücken, denn wir haben uns mit der Zeit daran gewöhnt, aber die jüngeren Kolleginnen werden dadurch abgestoßen und sie haben nicht den Mut, dagegen anzukämpfen.

Auch darin hat „St.“ recht, daß leider viele Kolleginnen in der Werkstube nur das Geschlechtswesen in ihrer Kollegin sehen. Und gerade in der Werkstube muß die Aufklärungsarbeit durch den Kollegen geschehen. Es wird zwar gesagt, daß es jetzt viele Bildungsmöglichkeiten gibt, in denen die Kolleginnen durch Vorträge und Kurse ihr Wissen bereichern können. Zugegeben, dabei darf aber nicht vergessen werden, daß es den Frauen viel schwerer wird wie den Männern, nicht etwa weil sie es nicht begreifen, sondern weil ihnen die nötige Zeit dazu fehlt. Und wenn die Frauenlöhne immer weiter sinken, wird es für die Kolleginnen immer schwieriger, noch nach ihrer Arbeitszeit Vorträge und Kurse zu besuchen. Da ihr Lohn zu gering ist, um alles bestreiten zu können, müssen sie viele Arbeiten nach Feierabend selbst verrichten, die eigentlich von Arbeiterinnen anderer Berufe ausgeführt werden sollten, z. B. neben der Hauswirtschaft noch Wäsche waschen oder ein Kleid schnei-

Schmidt horchte. Er vernahm, wie sie drin an den Stühlen rühte, die vor dem Bett standen. Endlich wurde es still; sie lag gewiß schon im Bett.

Auf den Dorfstreßen war kein Mensch zu sehen. Alle luchten sie zeitig das Lager auf, weil es jetzt viel Arbeit im Felde gab, da hieß es früh aufstehen. Schmidt hatte seine Pfeife ausgeraucht und horchte in die nächtliche Dämmerung hinaus, kein Tritt eines Menschen war vernehmlich.

Er überlegte abermals: wenn der Wagen, der dort drüben neben dem Mist stand, morgen früh gleich geladen war, damit man ohne weiteres anspannen und fortfahren konnte, dann war damit viel Zeit gewonnen. „Ach was“, murmelte er, „Sonntag hin, Sonntag her! 's bald kein Sonntag mehr — d'r Tag is rum. Die Veul' liege all im Bett un sei Mensch weiß, was ich hier treibe.“

Er legte seine Holspieße auf die steinerne Bank, ging zur Scheune und ergriff eine an die Wand gelehnte Mistgabel. Mit ihr machte er sich fleißig daran, den Mist zu laden.

Mühselig und verschlafenen Klangen jetzt die Schläge der Kirchenguhr über das Dorf. Sie schien selbst froh zu sein, daß sie ihre Arbeit wieder einmal getan. Lange noch zitterte der letzte Ton aus den Gaupen des Kirchendaches durch die ruhige Nacht. Jetzt war es die höchste Zeit, denn es hatte Zehn geschlagen. Bald mußte der Spiechmann auf seinem nächtlichen Gang durch das Dorf vorbeikommen. Der durfte doch nicht, sehen, daß Schmidt einen Wagen Mist am heiligen Sonntagabend geladen hatte.

Schmidt arbeitete „wie ein Feind“. Der Wagen mußte und sollte voll werden. Mit dem Brett festklopfen konnte er den Mist auf dem Wagen heute freilich nicht; es war ja doch Sonntag! Und die gute Sitte mußte gewahrt werden. Dort hinten im Dorf wurde schon das Luten des Nachtwächters vernehmlich. Bis der daher kam, mußte der Wagen voll sein.

Schmidt hatte sich in seiner Berechnung nicht getäuscht. Er kannte den alten Nachtwächter. Bis der von dem einen Ende des Dorfes zum anderen kam, konnte man auf einer Kuh bis Frankfurt reiten. So stand Schmidt denn jetzt neben seinem Wagen, während er mit beiden Händen sich auf den Stiel der Mistgabel stützte. „Donnerwetter“, kuckte er, „das hat m'r warm g'macht. Aber er is voll und mor'n früh fann's gleich losgehen. Der Spiechmann is immer noch nit da.“

Er lehnte die Mistgabel an den Wagen und schritt quer über den Hof. Drüben nahm er seine Pfeife, in die er gewohnheitsmäßig mit dem Zeigefinger noch einmal hineinsteckte, und dann verschwand er in der Haustür, die er leise hinter sich verriegelte. Während er ins Schlafzimmer ging und sich sadte entkleidete, sann er über den bedeutenden Arbeitsvorteil nach, den er morgen haben würde, weil es ihm gelungen, heute abend den Wagen zu beladen. Allerdings — es war Sonntag gewesen, und Schmidt fiel das Sprichwort ein: „Was man am Sonntag erwirbt, am Montag verdirbt.“ Allein, es hatte ja kein Mensch etwas davon gemerkt, und so erinnerte

sich Schmidt auch wieder der alten Regel, daß man schon Lebles tun darf — wenn man nicht erwischt wird.

Der Spiechmann war längst vorbeigegangen. Er hatte zehnmal ins Horn gestöhen. Daß auf dem Schmidtschen Hof ein Wagen mit Mist stand, hatte er wohl bemerkt, er war jedoch zu gedankenträge, sich danach zu fragen, wie es denn komme, daß bereits an einem Sonntagabend ein solcher Wagen fertig zur Abfahrt stände. Langsam stapfte er weiter ins Dorf hinein, denn im Oberdorf sollten sie um halb Eise auch hören, daß es Zehne sei.

Bald hinter dem Spiechmann aber tauchten vier Gestalten auf: erstens der „krumme Schneider“, zweitens der „Pfeife-Schuster“, drittens der „Hartmanns Dick“ und viertens der „Wagnerisch Lange“. Na, das war so ein vierblättriges Kleeblatt! Wenn sich diese vier zusammenfanden, dann führte der Teufel gewiß irgend etwas im Schilde. Sicher war er unter ihnen, wenn man ihn auch nicht sah. Diesen Bieren, die langsam des Weges aus dem Wirtshaus kamen, entging nun der Schmidtsche Mistwagen nicht. Der Rind war zudem auch eben über der Dachfirst des benachbarten Schneiderschen Hofes heraufgestiegen. Er warf sein bleiches Licht in die Gassen des Dorfes und auf die Höfe. So kam es wohl auch, daß das vierblättrige Kleeblatt sofort den beladenen Mistwagen bemerzte.

„Der stand heut' abend, wie ich darunter ging, noch nit“, sagte der krumme Schneider.

(Fortsetzung folgt.)

bern. Der Kollege kann, weil er mehr verdient, sich diese Arbeiten von fremden Leuten machen lassen und bezahlen, hat dementsprechend auch mehr Zeit übrig für seine Weiterbildung. Deshalb ist es die Pflicht eines jeden Kollegen, schon in der Werkstatt so viel wie möglich seine Kollegin aufzuklären. Und an alle Kolleginnen ergeht der Ruf: Laßt euch in der Werkstatt wählen als Vertrauensperson, als Betriebsratsmitglieder und als Delegierte zu Generalversammlungen, damit ihr durch praktische Arbeit auch an das Organisationsleben gewöhnt. Dann werdet ihr auch bald so geschult sein, in allen Verbandskörpern weibliche Vertretung verlangen zu können. Und dann müssen die Arbeitgeber auch einsehen lernen, daß die Arbeiterinnen nicht nur ein unterdrückter und busender Teil der menschlichen Gesellschaft sind, sondern daß sie auch ein kämpfender Teil sein wollen, daß wir auch berechtigete Forderungen stellen und dieselben voll und ganz vertreten. Kf.

**Arbeiten und nicht verzweifeln.**

Wir arbeiten, arbeiten soviel, daß in anderen Ländern Arbeitslosigkeit in größtem Umfang herrscht. Und doch geht's uns von Monat zu Monat schlechter, jeder von uns spürt's am eigenen Leib. Die Gewerkschaftspressen aller Berufe erschöpfen sich in Berichten von Tarifstimmungen, Begründen neuer Lohnforderungen. In Versammlungen werden die kräftigsten Resolutionen gefaßt: gegen Leuerung und Bucher wird demonstriert. Und trotz alledem — — — verelenden wir weiter. Forschen wir nach der Ursache, dann stoßen wir vor allen Dingen auf den Bahnhin von Versailles. Heute leiden nicht nur wir, sondern auch die ausländische Arbeitererschaft unter den Folgen mit. Die zweite und näherliegende Ursache unserer heutigen Verhältnisse ist die Zerrissenheit der Arbeitererschaft. Ein halbes Duzend Arbeiterparteien möchte die Menschheit glücklich machen durch den Sozialismus, von dem sehr viele nur eine sehr verschwommene Vorstellung haben. Und doch muß sich jeder, der sich gegen Phrasen und Schlagworte einen kühlen Kopf bewahrt hat, sagen, daß wir heute vom Sozialismus weiter entfernt sind als je. Ob bei der nun einmal vorhandenen menschlichen Struktur ein solcher überhaupt einmal möglich ist, ist fraglich. Ueber diesem Streit der Geister sind die realen Wirklichkeiten außer acht gelassen worden. Das Niveau der Arbeiterpresse ist ob des gegenseitigen Bekämpfens ein erschreckend niedriges geworden. Wollen wir den Berendungsprozess aufhalten, dann müssen die Arbeiterparteien im Handeln, der einzelne im Denken, mit der gegebenen Wirtschaftsordnung rechnen, die Zukunft der organischen Entwicklung überlassen. Notwendig aber ist, daß die ausländischen Arbeiter eine ganz andere Energie und aktive Tätigkeit als bisher entwickeln. Denn wenn es zu einem Eingreifen der Siegerstaaten in unsere inneren Verhältnisse kommt, sind alle unsere Errungenschaften, Sozialversicherungen, Arbeiterschutz, Betriebsratsgesetz usw. dahin. Und wir sehnen uns alle nach einer Besserung. — — —

E. G. Fr.

**Mehr Disziplin!**

Die Ausschreibung der Extrabeiträge hat in einigen Jahrestellen Widerspruch bei den Mitgliedern gefunden. Natürlich waren es wieder solche Mitglieder, die sehr selten die Versammlung besuchen und noch seltener die „Buchbinder-Zeitung“ lesen. Sonderbarerweise führten einige dieser Kollegen die Beiträge der Buchdrucker ins Feld. Gerade die Buchdrucker sollten aber den Kollegen ein Beispiel sein. Als wir vor dem Kriege noch 80—90 Pf. Beitrag zahlten, da zahlten die Buchdrucker ohne Murren schon 1,60—1,70 Mark. Zur eigenen Schande sei es gesagt, sie zahlten diese hohen Beiträge auch für die unorganisierten Buchbinder, die damals in den Druckereien standen, waren diese doch Ragnier der Tarifrevisionen der Buchdrucker. Gewiß, für viele ist es ja besser, zu ernsten ohne zu läsen. Wo würden wir aber hinkommen, wenn alle so dächten? Durch den Beitritt zum Verband haben wir die Verpflichtung übernommen, auch den Bestimmungen des Verbandes resp. des Verbandsvorstandes nachzukommen. Dazu gehört auch das Zahlen der jetzt ausgeschriebenen Extrabeiträge. Wehe uns, wenn in Momenten hoher Gefahr in unsern Reihen die Disziplin locker wird. Die Organisation ist die Hauptstütze der Arbeitererschaft! Das darf niemals vergessen werden. Sorgen wir dafür, daß unser Verband das wird, was ein Feils im Sturm durchtobten Meer ist. Dieses können wir aber nur erreichen, wenn wir in allen Lagen Disziplin wahren. Denn wie ein Feils aus festem Gestein gebildet ist, muß der Verband aus festen, zielbewußten Mitgliedern bestehen. Dann werden auch unsere Gegner bei den nächsten Kämpfen auf Granit stößen. Da darf es jetzt kein Murren geben, die Extrabeiträge müssen gezahlt werden. Wir zahlen sie ja nur für uns, denn wir sind der Verband. S. Behl, Bochum.

**Ein schwarzes Blatt.**

Der 21. Juli 1922 wird den ehemaligen Tarifstädten ewig in Erinnerung bleiben. Der Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium füllte an diesem Tage einen Schiedspruch, welcher den Tarifstädten Leipzig, Berlin und München die 46-Stunden-Woche nahm, womit die 48-Stunden-Woche allgemein eingeführt wurde. Stuttgart hatte schon vorher kapituliert.

Nach dem Scheitern der Manteltarifverhandlungen am 29. Juni in Würzburg, welches in der Hauptsache seine Ursache in der Arbeitszeitsfrage hatte, setzte in den drei Tarifstädten der Kampf um Erhaltung der 46-Stunden-Woche ein. Ein ideeller Kampf — zur Erhaltung eines Kulturfortschrittes — nach unserer Auffassung.

Fest steht, daß zwei Drittel unserer Kollegenschaft im übrigen Reich in der Buchbinderei bisher schon 48 Stunden arbeitete, mithin an der 46-Stunden-Woche nicht das Interesse hatte wie obengenannte Großstädte. Aber sind ideelle Kämpfe nicht gleichwertig denen materieller Natur? Durfte die Mehrheit der Vertreter der Provinzkollegenschaft im Tarif-ausschuß so handeln, wie geschehen? Wir sagen: nein! War es notwendig, daß nach so kurzer Kampfhandlung, nachdem kaum die Referenzen in die Front eingerückt waren, dieselbe abgebrochen wurde? Wir sagen wiederum: nein! Die Wirkung des Kampfes war noch nicht gegeben, und ehe solche nicht in Erscheinung tritt, kann und darf ein Kampf, wenn er zum Ziele führen soll, nicht abgebrochen werden.

Dazu gehört aber die Opferwilligkeit der nicht direkt am Kampfe beteiligten Kollegenschaft. Einem ideellen Kampf gegenüber muß der materielle Kampf zurücktreten. Aber wie habt ihr gehandelt, Provinzkollegen? Ihr habt eure Vertreter überschüttet mit Resolutionen, Telegrammen und Briefen, habt sie aufgefordert, sofort Lohnverhandlungen anzubahnen, welche euch materielle Vorteile bringen sollten. Ist es wirklich eure Auffassung, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nur lediglich dazu da sind, um euch bessere Löhne zu verschaffen? Haben die Gewerkschaften nicht noch höhere Aufgaben zu erfüllen? Ihr werdet sagen: jawohl! Kollegen und Kolleginnen aus der Provinz, ist es dann richtig, wenn eure Vertreter im Tarifauschuß den Großstadtertretern gegenüber erklären, das Festhalten an der 46-Stunden-Woche und das weitere Verharren im Kampf sei ein Verbrechen an der Organisation, ihr hättet keinen Pfennig übrig zur Erhaltung der 46-Stunden-Woche und zur Unterstützung dieses Abwehrkampfes?

Gewiß, Kollegen aus der Provinz, wir verstehen euch, wenn ihr sagt: Wir brauchen gegenwärtig mehr Lohn. Muß aber dies um jeden Preis geschehen? Auch wir ziehen mit euch an einem Strange durch — den Reichstarif. Jedoch bei Einführung des Reichstarifes im Jahre 1920 haben auch die Großstädte zurücktreten müssen, damit ein großer Teil unserer Provinzkollegenschaft in Lohn- und anderen Fragen nachkam. War das nicht Solidarität? Verlangten wir jetzt mehr als Solidarität von euch in unserem Kampfe? Nein — nicht mehr und nicht weniger. Darum müßt ihr auch uns verstehen.

Es mühte doch schlecht bestellt sein um eine Organisation und deren Mitglieder, daß, wenn ein Teil im Kampf steht, der andere Teil sich nicht solidarisch erklärt. Leider ist das letztere den Großstädten gegenüber eingetreten. Der Reichstarifgedanke hat dadurch einen Riß erhalten. Es wird viel Mühe kosten, zu verhindern, daß sich diese Kluft erweitert.

Kollegen aus der Provinz! Euer Handeln in unserem Kampfe hat Verbitterung in die großstädtische Kollegenschaft getragen. Tragt dazu bei, daß durch regere Mitarbeit und Aufklärung innerhalb eurer Kreise dieser Zustand überbrückt wird. Die gegenwärtigen Zeiten verlangen in außerordentlichem Maße Solidarität und Gewerkschaftsdisziplin. In der schnelllebigen Zeit, in der wir uns befinden, kann spontan eintreten, daß auch eure Interessen auf dem Spiele stehen, und was ist dann die Folge? Großstadt, übe Solidarität! Gewiß wird dies geschehen, wir als alte Gewerkschaftler und Kämpfer werden und können uns nicht anders einstellen, wenn es gilt, den Erbfeind niederzuringen. Wir müssen aber von euch das gleiche verlangen. R. H. S.

**Zur Alkoholfrage.**

Auf den verschiedensten Gebieten wird heute der Kampf geführt: Gegen Schäden in unserem Volksleben, gegen Seuchen und Krankheiten, gegen Unterernährung, gegen wachsende Verwilderung und Kriminalität der Jugendlichen, gegen Frauen- und Familieneid, gegen Wohnungsmangel, Säuuglingssterblichkeit, Tuberkulose und so weiter, aber eine Hauptwurzel all dieser Räte wird oft übersehen, die

Alkoholfrage. Sie ist eine Frage von größter Bedeutung für Volksgesundheit, Volkssittlichkeit, Volkswirtschaft und Volkswohlfahrt. Sie ist für unser Volk eine soziale Frage ersten Ranges.

Der heutige Massenverbrauch ungesunder geistiger Getränke entzieht dem Volke wichtige Nahrungsmittel, setzt die Leistungsfähigkeit des Volkes herab, belastet manchen Einzelhaushalt aufs schwerste und ist darum ein großer Uebelstand. Vor dem Kriege waren in Deutschland zirka 4 Milliarden Mark in der Alkoholinindustrie angelegt, mehr als 150 000 Personen in den Brauereien und Schnapsbrennereien beschäftigt. Dazu kommen Weinbauern, Weinhandler, Likörfabrikanten, Gastwirte und ihre Angestellten. Alle diese Hunderttausende haben das größte Interesse daran, daß der Alkoholverbrauch nicht zurückgeht, sondern vielmehr steigt. Der heutige Zustand, daß die Alkoholinindustrie sichtbare und unsichtbare Riesengewinne macht, während gleichzeitig in zahlreichen Familien Mangel an Notwendigsten herrscht, ist unhaltbar. Im Jahre 1908 waren für das zur Bier- und Branntweinbereitung nötige Getreide 570 000 Hektar Ackerland, für die zur Branntweinherzeugung nötigen Kartoffeln 210 000 Hektar, für Wein- und Hopfenbau 145 000 Hektar erforderlich. Insgesamt standen im Dienste der Alkoholinindustrie 925 000 Hektar. Im Jahre 1912 wurden in Deutschland verarbeitet in den Brennereien 2 730 000 Doppelzentner Kartoffeln, 366 000 Doppelzentner Getreide, 407 000 Hektoliter Kernobst, 224 000 Hektoliter Steinobst; in den Brauereien 15 755 000 Doppelzentner Gerste, 120 000 Doppelzentner Weizen und 161 000 Doppelzentner Zucker. Das sind gewaltige Zahlen. Riesenmengen notwendiger Nahrungsmittel werden zu Genussmitteln umgewandelt.

In Berlin betrug Ende Dezember 1912 die Zahl der bebauten Grundstücke 28 519, die Zahl der Schankwirtschaften 15 358. Und seit dieser Zeit sind die letzten genannten noch gestiegen. Je größer die Konkurrenz ist, um so größer die Notwendigkeit für den einzelnen Gastwirt, die Anziehungskraft der geistigen Getränke noch zu erhöhen durch teils harmlose, teils bedenkliche, teils schlimme Lockmittel. Es würde zu weit führen, wenn wir noch weitere Tatsachen, die dazu gehören, anführen würden.

Der Alkohol ist ein Feind der Menschheit, er greift an, schädigt Magen, Gehirn, Herz, Leber, Niere, Lunge usw. Auf die Dauer setzt der Alkohol die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit herab. Er ist kein Heilmittel. Der Durst wird durch alkoholische Getränke nicht gelöscht, sondern vermehrt. In der Kälte täuscht er zwar das Wärmegefühl vor, in Wirklichkeit setzt er nach kurzer Zeit die Körpertemperatur herab. Gewohnheitsmäßiger Alkoholgenuß ist auch schon schädlich. Es ist ein Verbrechen, unseren Kindern Alkohol zu geben. Die gesamte Kinder- und Augenberziehung muß alkoholfrei gestaltet werden. Die arbeitende Jugend muß vor den Alkoholfahren geschützt werden, denn der Alkoholgenuß dehnt sich selber immer weiter auf die Jugend und die Frauenwelt aus. Der Alkohol ist ein Feind, er schafft die Stimmungen für Streit und Zank, er führt sehr oft zu Vergehen und Verbrechen.

Alkohol und Unstittlichkeit ist ein krankiges Kapitel für sich. Die höhere Sterblichkeit in den Alkoholberufen ist eine bekannte Tatsache. Der Alkoholis-mus fördert Krankheit, Invaldität, Verrohung, Kriminalität, belastet Armenverwaltungen, Krankenhäuser, Krankenkassen und Strafankstalten.

Was hat die Alkoholfrage mit der Kraft und Tüchtigkeit, mit der Fort- und Höherentwicklung der Arbeiterklasse zu tun? Die Ernährung, Wohnung, Kleidung, Bildung, die Fürsorge für Zeiten der Not könnten auf höherer Stufe stehen, wenn die geistigen Getränke nicht zu viel der Einnahmen bei manchen Familien verschlingen würden. Das Geld, das größere Gemütsfreiheit im eigenen Heim schaffen könnte, wandert oftmals in die Kneipe. Je höher der Alkoholkonsum, desto größer die Gleichgültigkeit gegenüber den brennenden Tagesfragen. Die Befreiung vom Alkoholis-mus wird darum die Kräfte der Arbeitnehmern stärken und den Aufbau einer neuen besseren Wirtschaftsordnung fördern. Notwendig ist der Kampf gegen das Lelbel, notwendiger und aussichtsreicher aber, es zu verhüten. Dem Alkoholis-mus gegenüber ist die beste Bekämpfung die völlige Enthaltsamkeit von allen alkoholischen Getränken. Die Abstinenz hat aber nicht bloß individuellen Wert, sie ist zugleich von hoher sozialer Bedeutung. Sie gehört zur sittlichen Kultur, an deren Weiterbildung die Arbeiterklasse das dringendste Interesse haben muß. Ich glaube, daß wir an unserem Teil an einer Höherentwicklung ohne Alkohol im Interesse des gesamten Volkes mitzuarbeiten haben. Beseitigung des Alkohols aus Wohnung, Werkstatt und Bekannungsräumen sei unser nächstes Ziel. Ohne Alkohol: Vorwärts und aufwärts!

Berlin. Jakob Gelles.



**Aus unserem Beruf.**

**Teuerungszuschläge auf Bücher.**

Der Bund deutscher Buchbinderinnungen hat auf die Tarispreise des Bundes für Druck- und Geschäftsbücher folgende Teuerungszuschläge für die verschiedenen Ortsklassen festgesetzt:

Druckbücher	Geschäftsbücher	
Ortsklasse I und II	4200 Proz.	4500 Proz.
III und IV	3800 "	4200 "
V und VI	3400 "	3800 "

**Die Berliner Papier-Messe (Herbst 1922)**

findet vom 19. bis 22. August 1922 in den Gesamträumen der Philharmonie zu Berlin, Bernburger Straße 22/23a statt. Verbunden wird mit derselben die Sonderausstellung „Das gute Buch“. Diese hat den Zweck, allen einschlägigen Geschäften den Bezug guter und einwandfreier Lektüre zu empfehlen und auf diejenigen Erzeugnisse der Literatur hinzuweisen, die als besonders gute Lektüre bezeichnet werden können.

Der Landesverband Brandenburg als Veranstalter der Berliner Papiermesse wird sich selbst an der Sonderausstellung „Das gute Buch“ beteiligen, indem er auf einem günstig gelegenen und zweckmäßig eingerichteten Ausstellungsstand eine möglichst umfassende Auswahl aller derjenigen Erzeugnisse auf dem Büchermarkt vorführen wird, die als Ersatz der sogenannten Schulnliteratur besonders geeignet sind. Die Verbandsteilung hat sich bereits mit mehr als 50 der ersten deutschen Verlegerfirmen in Verbindung gesetzt und wird die Auswahl der für die Sonderausstellung „Das gute Buch“ bestimmten Bücher in Gemeinschaft mit Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, der Jugendämter und der Lehrerschaft vornehmen. Die Verbandsteilung will hiermit der Öffentlichkeit gegenüber den Beweis erbringen, daß sie es mit ihrem Vorgehen zur Bekämpfung des Schundes in Wort und Bild durchaus ernst meint, und erwartet bei ihrem Vorgehen die Anerkennung und die Unterstützung aller in Betracht kommenden Behörden.

**Druckgewerbliche Ausstellung in Moskau.**

Die druckgewerblichen Fachvereinigungen in Moskau wollen noch in diesem Monat in Verbindung mit verschiedenen wissenschaftlichen und bildenden Kreisen eine Ausstellung druckgewerblicher Erzeugnisse in Moskau einrichten. Durch die Ausstellung will man einen Werbefeldzug zur Verbesserung der Leistungen auf dem Gebiete des Druckes und der Bucherzeugung einleiten. Beide Gebiete haben seit der Revolution erheblich gelitten, hauptsächlich wegen Mangels an gutem Papier und wegen der Unmöglichkeit, Maschinen und Sehmateral zu erneuern. Die Ausstellung will mit Kontrasten wirken. Zusammen mit Veröffentlichungen der letzten 5 Jahre will sie hochwertige Erzeugnisse der vorrevolutionären Zeit zeigen, um den Abstieg in technischer und qualitativer Hinsicht zu veranschaulichen. Die Ausstellung umfaßt Bücher in bände, farbige Drude, Zeitungen, Zeitschriften, Jugendchriften, Bücher und Zeitschriften in Fremdsprachen, Krieg und Propagandaliteratur, Plakate usw.

**Die Kunst im Arbeiterheim.**

Wie in unermüdlichem Kampf die Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet schier unüberwindliche Hindernisse zur Erringung sozialer und ökonomischer Freiheiten den Volksmassen aus dem Weg räumten, so hat der geistig regsamste Teil der Arbeiterschaft mit nie versagender Kraft daran gearbeitet, auch in kultureller Hinsicht den Massen den Weg zu bahnen. So erschlossen die Volkshäuser in Berlin, Wien und anderen Blähen der Arbeiterschaft das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung, die ihre Wirksamkeit bald über das gesamte Gebiet der Kunst ausbreiteten, boten der Arbeiterschaft neben guten Kunstabenden und klassischen Konzerten in Bücher- und Bilderausstellungen den literarischen und heimischen Stoffen nun die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstiegs der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein den Volkstheaterverlag „Das Bild“, eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht (Geschäftsstelle Berlin-Marierdorf, Kurfürstentstr. 19) zur Seite. Der Zweck der Genossenschaft ist fahungsgemäß: „Die Herausgabe und der Vertrieb originalgetreuer Wiedergaben bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart.“ Bisher sind drei Drude erschienen: „Das Balkonzimmer“ von Adolf Menzel, „Der Kohlenkarrn“ und „Ideale Landschaft“ von Richard Schulz. Weitere Werke sind in Vorbereitung. Der Preis der originalgroßen Bilder (46 x 56, 56 x 62, 56 x 65 Zentimeter) beträgt 60 Mk. für das Blatt. Die Bildungs-ausschüsse, die Verlagsanstalten und Buchhandlungen der beiden

sozialdemokratischen Parteien, der Volksbühne, der Konjungenossenschaft, des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Deutschen Holzarbeiter u. s. f. in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Breslau und anderen Städten haben sich der Genossenschaft angeschlossen resp. ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftsartelle, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Bilder interessieren, wollen sich an die obgenannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die sofort jede Auskunft erteilt.

Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes ist ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minderbesoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandschmuck in geeigneter Rahmung wie zur Sammlung in Wappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Arbeiterschaft angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischem Empfinden gemähe Auswahl der Werke.

Wir begrüßen diese Kulturschöpfung. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Lat geschnitten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Den Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unlieblichen Konkurrenten nicht unbeteiligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft auch hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gessung, reicheres Innerleben, faires Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstverleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterschaft.

**Wie aus altem Papier neues gemacht wird.**

In einem Artikel über die deutsche Papiernot macht W. Abele in der „Vollstischen Zeitung“ auf die Wiederverwertung des Altpapiers durch Regenerierung aufmerksam, für das eine Anzahl brauchbarer Verfahren vorliegen soll. Nach dem Lantverfahren, das vor allem in Betracht kommt, wird das Altpapier in ruhendem Zustande mit zirkulierender Lauge behandelt. Dadurch wird einerseits höchst vollkommene Entschwärzung, Entfärbung und Aufschließung, andererseits höchste Schonung der Faser erreicht. Der Prozeß ist übersichtlich und praktisch; jede Papierfabrik verfügt außer dem Kocher über die notwendige Einrichtung. Die Regenerierung verläuft folgendermaßen:

Das Altpapier wird nicht zerrissen oder zerschnitten, sondern völlig unzerkleinert, aber sortiert, in einem zylindrischen, stehenden, offenen Kocher mit ausziehbarem Zwischenboden eingefüllt und in ruhendem Zustande von der von oben nach unten zirkulierenden schwachen Kochlauge ausgelocht bzw. ausgelaut, bis die Aufschließung der Papiermasse erfolgt und die rußfrierende Wirkung der fetten bzw. öligen Bestandteile der Druckerchwärze beseitigt ist. Am Schluß des Prozesses liegt der Ruß (Farbstoff der Druckerchwärze) ohne Bindung nur noch lose auf dem Papierblatt, das als solches noch vorhanden ist, aber den Faserzusammenhalt vollständig verloren hat. Tinte und andere Farbstoffe werden durch die Lauge zerföhrt. Das Kochgut wird nach beendeter Behandlung auf dem Zwischenboden aus dem Kocher herausgehoben und sofort in einem geeigneten Holländer ausgefasert und ausgewaschen. Die mit dem Kochgut noch in den Holländer gelangenden Laugeereste beschleunigen und unterstützen den Waschprozeß in der Weise besonders, daß ein nachträgliches Verschmieren der Faler mit dem Ruß ganz und gar verhindert wird. Das Regenerat kommt weiß aus dem Holländer und hat an papierbildenden Eigenschaften gewonnen.

Auch in Amerika, dessen Holzbestand sich bebenlich lichtet, und in England wird dem Regenerierungsverfahren Interesse gewidmet. Der englische Handelsminister glaubt, daß eine planmäßige gemeinschaftliche Arbeit der Papierfabriken mit den Altpapieraufkäufern zur Erfassung des Altpapiers nötig ist. Abele nimmt an, daß es vor allem aber bei uns notwendig sein wird, daß in weiten Kreisen das Verständnis für die Wichtigkeit des Erhaltens, Sammelns und der Abgabe von Altpapier geweckt wird.

Es bleibt natürlich abzuwarten, inwieweit das Verfahren sich in der Praxis bewähren wird. Es ist kaum anzunehmen, daß der so behandelte Papierstoff auf die Dauer nicht an Qualität verlieren soll, aber immerhin könnte dadurch schon eine nennenswerte Erleichterung für die Tagespresse geschaffen werden. Daneben ist allerdings eine Erleichterung in der Beschaffung von Holz und Kohlen für die Papierfabriken anzustreben, damit nicht bloß die Tageszeitungen, sondern auch die Zeitschriften und der Buchverlag aus dem jetzigen Elend herauskommen.

**Berichte.**

**Hamburg-Altona.** Am 3. August fand in Hamburg eine sehr gut besuchte Versammlung der Vertrauensleute der in den Buchbinderien, Buchdruckereien, Kartonnagen- und Papierwarenfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt, die Stellung nahm zu den letzten Lohnabschlüssen und gleichzeitig Forderungen für die nächsten Lohnabschlüsse aufstellte. Nachstehende Resolution, welche die Wünsche der Kollegenschaft Hamburgs enthält, fand nach sehr heftigen Aussprachen einstimmige Annahme:

„Die am 3. August tagende Versammlung der Vertrauensleute der in den Buchbinderien, Buchdruckereien, Kartonnagen- und Papierwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen richten an den Verbandsvorstand und Tarifausschuß die dringende Mahnung, bei den neuen Lohnabschlüssen mit aller Energie darauf zu dringen, daß endlich unsere Kollegenschaft eine Entlohnung erhält, die ihnen die Lebensfähigkeit bietet. Ohne uns auf die Lohnabschlüsse anderer Berufe zu stützen, vertreiben wir darauf, daß das Gros der Hamburger Arbeiterschaft heute bereits eine Entlohnung erhält, die sich durchschnittlich sowohl für gelernte als auch ungelernete Arbeiter in der Höhe von 40 Mk. bis 60 Mk. und für Arbeiterinnen von 22 Mk. bis 28 Mk. pro Stunde bewegt. Da selbst diese Entlohnung noch keineswegs dieser Arbeiterschaft ein ausreichendes Existenzminimum bietet, muß zum Ausdruck gebracht werden, daß unsere Kollegenschaft mit den ihr gewährten Lohnsätzen sich weit unter dem Rahmen der Lebenserhaltung bewegen muß. Die Vertrauensleute sind deshalb nicht imstande, weiterhin die Garantie dafür übernehmen zu können, daß es ihnen gelingen wird, in den einzelnen Betrieben die Beschäftigten zur Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen verpflichten zu können, wenn nicht endlich auch unserer Kollegenschaft ein ausreichendes Lebenseristenzminimum durch die neuen Lohnabschlüsse geboten wird.“

Sollte Verbandsvorstand und Tarifausschuß nicht in der Lage sein, den dringenden Bedürfnissen der Kollegenschaft bei den neuen Lohnabschlüssen Rechnung zu tragen, behält sich die Hamburger Kollegenschaft vor, die Wege zu beschreiten, die ihnen, wenn auch unter Opfern, eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Entlohnung bringt.“

Es darf wohl angenommen werden, daß Verbandsvorstand und Tarifausschuß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die berechtigten Wünsche der Kollegenschaft verwirklichen wird.

**Celzig.** Die überfüllte Versammlung am 25. Juli, in der Kollege Hesse Bericht über die zentralen Verhandlungen gab, war ein Zeugnis dafür, wach großes Interesse die Kollegenschaft dem Kampfsobjekte entgegenbrachte. In fast zweistündiger Rede gab Hesse den Bericht, in dem er ausführte, schon in Würzburg habe es sich gezeigt, daß der Tarifausschuß nicht mit dem ersten Willen an die Erhaltung der 46-Stunden-Woche gegangen sei. Schon damals habe er die Aufschlüsselung der Arbeitszeitfrage kein Kampfsobjekt sei. Der Verbandsvorstand, insbesondere Kollege Hauelsen, habe es für verfrüht betrachtet, die 46-Stunden-Woche ohne Kampf herzugeben. Nachfolgend habe der Tarifausschuß den Kampf gegen den Verbandsvorstand aufgenommen. Nach den Verhandlungen mit dem Addeat hat man mit allen Mitteln gegen die Vertreter der Tarifstädte gearbeitet. Der Tarifausschuß setzte sich in seiner Mehrheit dafür ein, daß Verhandlungen angebahnt werden sollen. Hier standen sich zwei Ansichten gegenüber. Besonders interessant waren die Ausführungen einzelner Provinzvertreter. Die Vertreter der Tarifstädte außer Stuttgart haben sich mit aller Entschiedenheit gegen diese gependet und betont, daß dadurch das Prestige der Organisation nicht nur bei den Arbeitgebern, sondern auch bei den übrigen Gewerkschaften und Arbeitern leiden müsse. Redner kommt dann auf den Vorvertrag zu sprechen, von dem die Unternehmer die Verhandlungen abhängig machen wollten. Das wichtigste sei die Anerkennung der 46-Stunden-Woche und das wohlwollende Entgegenkommen, die Streikfrage nacharbeiten zu lassen, damit die Kollegenschaft keinen Schaden erleide. Die Ausführungen riefen scharfen Widerspruch hervor, man war nicht willens, auf den Kräften der Unternehmer einen Kampf zu führen. Nachdem auch die Verhandlungen scheiterten, habe man im Tarifausschuß mit Mehrheit beschlossen, das Reichsarbeitsministerium anzurufen; hierfür haben sich auch die Unternehmer erklärt. Hesse kommt zum Schluß zu dem Ergebnis, wenn auch die Tarifstädte unterlegen seien, so müsse auch er erklären, daß man sich auf den Boden der von uns selbst geschaffenen Gesetze stellen müsse.

Nachdem Hesse noch über die abgehandelten Lohnverhandlungen berichtet, erhält als erster Redner in der Diskussion der Kollege Bieghaid das Wort. Er führt aus, es habe sich klar gezeigt, daß zwei Richtungen im Tarifausschuß vorhanden waren, die miteinander rangen. Man habe für Sonderinteressen die Arbeitszeit verkaufen wollen. Weiter sei erklärt worden, daß man kein Geld verstreifen dürfe, die Kollegenschaft wolle vor allem eine Lohnzulage. Trotz all diesen Argumenten seien die Vertreter der Tarif-

stärkte fest geblieben. Kollege Hauelsen habe den Weg klar gezeigt und habe bis zuletzt standgehalten. Aus all diesem müsse man Lehren ziehen, denn sonst werden die wenigen Reformen, die die Revolution übrig gelassen habe, vernichtet. Die Arbeiterschaft müsse sich fest zusammenschließen. Diese Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Ein Antrag des Kollegen Böhme, diejenigen Tarifausschussmitglieder, die sich nicht taktvoll als Arbeitervertreter bei diesen Verhandlungen benommen haben, aus dem Verbande auszuschließen, wird, trotzdem sich die Leitung, die die Unrechtmäßigkeit des Antrages hervorhob, dagegen wandte, gegen wenige Stimmen angenommen. Kollege Wolf bezeichnet die Mitglieder als rechtlos und zahlende Mitglieder und ruft die Kollegen auf, den Kampf weiter auszuhalten. Wir sollten den Kampf aus eigener Kraft weiterführen, und er beantragt deswegen, eine Urabstimmung vorzunehmen. Kollege Müller ist mit der Taktik ebenfalls nicht einverstanden. Aber er könne unter diesen Umständen nicht für Fortsetzung des Kampfes sein, deswegen wendet er sich auch gegen eine Urabstimmung. Darauf zieht Wolf seinen Antrag zurück. Kollege Petrit gibt den Kampf als verloren auf und bezeichnet die Kritik des Tarifausschusses für am Platze. Der Feind stehe aber rechts, das sollte die Kollegenstämme endlich mal erkennen. Unsere Aufgabe muß es sein, uns bei den Wahlen richtig einzustellen. Die Siegespalme heimzuführen, wurde den Unternehmern schwer gemacht. Der Lohndruck sei der Kapitalismus, der uns immer zum Hungern zwingt. Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen:

- Die Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre verurteilt auf das Schärfste die Haltung der Mehrheit des Tarifausschusses. Die Annahme des Schiedsspruches des Arbeitsministeriums durch die Mehrheit des Tarifausschusses bedeutet die Rechtsnachgiebigkeit der übergroßen Mehrheit der Mitgliedschaft Leipzig. Durch die mangelnde Solidarität der Vertreter der Provinz, gegenüber den Tarifstädten hat der Reichstagsdebatte sehr an Boden verloren. Die Versammlung erklärt sich bereit, nur gezwungen durch die Haltung der verantwortlichen Verbandsinstanzen, unter folgenden Bedingungen die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen.
1. Geschlossene Einsetzung aller Streitenden und Ausgesperrten.
  2. Bezahlung der durch die Aussperrung verlorenen Arbeitszeit.

Hefsch erklärt in seinem Schlusswort, daß er wohl mit dem größten Teil der Ausführungen einverstanden sein könne, er müsse sich aber dagegen wenden, unter Kontrolle in den Tarifausschuss zu geben. Unter den Wirkungen der eingegangenen Telegramme und Briefe aus dem Reiche habe der Tarifausschuss dem Abkommen zugestimmt, damit müsse auch er sich abfinden. Man solle aber nicht mit dem Mittel des Kleinrieges den Kampf weiter fortführen. Er empfiehlt daher, geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen. Keine Rede kann aber davon sein, daß unter den Streitenden oder Ausgesperrten eine Auslese gehalten wird.

### Rundschau.

Die endgültige Form der Zwangsanleihe. Es ist die Tragik der Entwicklung der deutschen Steuererhebung, daß das Notwendige zu spät und dann nur in unzureichendem Maße getan wird. Erst im Januar dieses Jahres sind die Steuern Gesetz geworden, die bereits im Juli 1921 bei einem weitaus günstigeren Saldo- und Finanzstand des Reiches vorgelegt wurden. Und was ist schließlich aus dem Kern dieser Gesetze geworden? Von einer wirklichen Erfassung der goldwertigen Sachwerte, einer Beteiligung des Reiches an den Dividendengewinnen der Industrie ist keine Rede mehr, das schon sowieso verärrerte und verstaubte Reichsnoteopfer ist aufgehoben worden, an seine Stelle ist ein Zuschlag zur laufenden Vermögenssteuer getreten. Das wirklich sichtbare Opfer des Besitzes sollte die Zwangsanleihe in der Höhe von einer Milliarde Goldmark sein. Nach sechsmonatigen Ausschüßberatungen ist nunmehr auch diese Zwangsanleihe unter Dach und Fach gebracht worden, aber die Verschlechterung und Verwässerung, die auch sie wieder erfahren mußte, und insbesondere der inzwischen eingetretene erneute Kurssturz der Mark lassen es sehr fraglich erscheinen, ob die Zwangsanleihe noch einen nennenswerten Beitrag zur Sanierung der Finanzen leisten kann. Es war auch diesmal wieder so, daß gerade die Rechtsparteien und die großkapitalistisch orientierten Kreise, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne über die Regierung, ihre Mißwirtschaft im allgemeinen und ihre falsche Finanzwirtschaft im besonderen zu schimpfen, wieder alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um den finanziellen Ertrag der Zwangsanleihe zu beschneiden und die Abgabepflichtigen auf Kosten des Reiches zu schonen. An Stelle der im ursprünglichen Regierungsentwurf vorgesehenen Zinslosigkeit der Anleihe für die nächsten drei Jahre forderten sie Verzinsung schon ab 1. November 1923, an Stelle der 3prozentigen jährlichen Tilgung eine einprozentige; gleichzeitig sollte der Re-

gierung das Recht entzogen werden, die Anleihe zum Börsenkurs zurückzukaufen, die juristischen Personen, die nach dem Regierungsentwurf mit der Hälfte ihres Vermögens abgabepflichtig sein sollten, wollten sie mit nur einem Viertel belasten. Umgekehrt wurden alle sozialistischen Anträge, die im Interesse der Reichsfinanzen einen größeren Ertrag der Zwangsanleihe erzielen wollten, zu Fall gebracht: u. a. die Forderung, daß entsprechend der inzwischen eingetretene Geldentwertung der Gegenwert einer Goldmilliarde mit 100 Papiermilliarden angelegt werde, daß, um eine Spekulation auf weitere Geldentwertung zu verhindern, die letzten Summen der Zwangsanleihe samt Strafzuschlägen mindestens die Höhe erreichen, um die am Tag der Zahlung das Verhältnis von Goldmark und Papiermark ungünstiger ist als 1:70. Schließlich erhielt die Anleihe folgende Form: Sie wird in Höhe von 70 Papiermilliarden erhoben, sie ist bis 1. November 1925 unverzinslich und wird von da bis 1930 mit 4 Proz. und späterhin mit 5 Proz. verzinst. An Stelle der bereits für dieses Jahr vorgesehenen Zwangsvorauszahlungen mit Strafzuschlägen tritt freiwillige Vorauszahlung mit Diskontovergünstigung. Bis zum Februar 1923 müssen zwei Drittel der Anleihe bezahlt sein, die endgültige Veranlagung erfolgt dann auf Grund des Vermögensstandes vom 31. Dezember 1920. Die Strafzuschläge bei zu geringer Vermögenseinschätzung können bis zu 60 Proz. betragen, allerdings nur, wenn vorläufige oder fahrlässige Wiedereinschätzung nachgewiesen wird. Beachtung verdient noch, daß die Verluße, die Verkaufs- und Bezahlbarkeit der Anleihe zu erleichtern, ohne Erfolg geblieben sind.

### Gau Rheinland-Westfalen.

Der Gauvorstand beruft hierdurch zum 3. September 1922, morgens 9 1/2 Uhr, einen **Gau-tag** nach Essen-Ruhr, Restaurant Tigge, Reffinghauser Straße, ein.

#### Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Unsere Tarifpolitik.
3. Beratung und Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge.
4. Verschiedenes.

Der Gauvorstand. J. H. B. Groenhoff.

### Abrechnung

vom Streik der Werkstätte Sala & Co., Berlin.

#### Einnahmen:

Aus der Zentralkasse . . . . .	26208,— Mf.
„ „ Lokalkasse . . . . .	4108,— „
Summa	30316,— Mf.

#### Ausgaben:

Zentralkasse	12270,— Mf.	Lokalkasse	1368,— Mf.
An 8 verheir. Arbeiter	12018,— „		1440,— „
„ 19 Arbeiterinnen	1020,— „		— „
„ 12 Kinder	— „		1240,— „
Für Rietsunterstützungen	— „		60,— „
„ Entschäd. d. Streikzeituna	— „		— „
Summa	26208,— Mf.		4108,— Mf.

Berlin, den 20. Juli 1922

Frau Zydomski, Kassierer

Die Revisoren:

H. Hoffmann. Minna Bürger.

### Adressenänderungen.

- B. = Bevollmächtigter, K. = Kassierer
- Bonn. B: B. Blappert, Godesberg bei Bonn, Mohrenstr. 5. K: D. Kiffels, Bonn, Karl-Marx-Straße 32 I.
- Gehren I. Thür. B: C. Geyer, Obere Marktstr. 10. K: S. Bauer, Langewieherer Str. 22.
- Guben. B und K: D. Wonneberger, Ruchernerstraße 38 (Sieblung).
- Neufalz a. d. B. u. K: Fr. Berderber, Luisenstraße 15.
- Odenburg. B: M. Eisermann, Odenburg-Coerfien, Wichelnstr. 20. K: R. Neumann, Ludwigstr. 3.

### Literarisches.

Im Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart, erschien: Restriepke, Dr. Siegfried: **Gewerkschaftslehre**. 135 S. Brosch. 12 Mf., geb. 22 Mf. Das Werk gibt eine abgeschlossene theoretische Untersuchung über das Wesen und Wirken der Gewerkschaften in klarer, anschaulicher Weise. — Ferner: Wilbrandt, Prof. Dr. Robert: **Konsumgenossenschaften** (Gemeinschaftskultur, Heft 3). Brosch. 10 Mf., kart. 12 Mf.

### Abrechnungen

vom 2. Quartal gingen weiter bis zum 7. August bei der Verbandskasse ein von:

Berlin 836 839,55 Mf., Köslin 314,65 Mf., Stottbus 6417,35 Mf., Sorau 215 Mf., Gau Hanja — Mf., Flensburg 3301 Mf., Hamburg-Altona 99 470,50 Mf., Leer i. Ostfr. 4483,80 Mf., Wittenberg 5000 Mf., Bielefeld 42 954 Mf., Braunschweig 21 069 Mf., Bünde i. W. 3508,75 Mf., Detmold 4177 Mf., Göttingen 2539,20 Mf., Hannover 117 395 Mf., Bochum 4172,85 Mf., Essen 15 917 Mf., Lünenfeld 807,40 Mf., Ohligs 2905 Mf., Wesel 1600 Mf., Gau Rheinland i. d. Rh. — Mf., Koblenz 6602 Mf., Köln a. Rh. 54 658 Mf., Grünstadt 6006,50 Mf., Heidelberg 4008,80 Mf., Limburg 1530 Mf., Neustadt-Haardt 1700 Mf., Saarbrücken 5311 Mf., Rubla 2000 Mf., Saalfeld a. d. Saale 1797,70 Mf., Zeitz 5247,80 Mf., Dresden 815 931,30 Mf., Glaucha 2884 Mf., Oberwiesenthal 9005 Mf., Troßingen 34 700 Mf., Augsburg 6407 Mf. J. B. G. Weifer.

## ANZEIGEN

**Tüchtige erfahrene Buchbinder auf Geschäftsbücher** zum sofortigen Eintritt für dauernd gesucht. Fahrtvergütung.

Fr. Wih. Kufus, Dortmund  
Geschäftsbücherfabrik

# LEIM

Leder-, Knochen-, Mischleim

Fordern Sie Offerte m. Gratismustern ein

**MarcusLissauer, Hamburg 1**

Abt. Leimindustrie — Mönckebergstr. 5.



**Trocken-Kleber, kaltwasserlöslich, ferner Kleistermehl für alle Buchbinderarbeiten**

**Mechler & Co., G. m. b. H.**

Abt. Chem. Fabrik

Mannheim — Industriehafen.

Bei Anfragen Verwendungszweck angeben.

## Etuismacher

sucht in dauernde Beschäftigung

**E. Wecker**

Berlin, Fischerstraße 10

Wir suchen einen ledigen

## Papierstecher

der auch das

## Stapeln von Beuteln

versteht und die Papierausgabe an die einzelnen Abteilungen übernimmt. Bewerber müssen gleiche Kosten beisteuern haben.

Offerten an **Wdr. Goerlach**, Papierwarenfabrik, Buchdruckeri, Papergroßhandlung **Hamburg** (Bahn)

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen zuverlässigen

## Kartonnagenstecher

der durchaus bewandert ist in Zigarenkistenaufschneiden.

**Mühlhuber & Co., G. m. b. H.**  
Gruftal.

---

**Grüne u. blaue Buchbinderschürzen** in Buchbinderfreizeit-Jahre, anerkannte Qualität liefert m. Hand über Seite Gr 80/100 80/110,80/120 sowie

**Arbeitslappen- und -tücher** in schwarz, rot, gelb, blau und indigoblau zum jeweiligen Tagespreis allerhand.

**A. C. Volz**  
Fabrication u. Berufslieferung.  
Stuttgart, Malthefer, 77 Tel. 2555.  
N. B.: Zahl. jährliche Anrechnung d. m. Kundendienst